SABOTAGE

kostenlos im Rhein-Neckar-Raum!

BEWEGUNGSMELDER
FÜR FUNDAMENTALE KRITIK
AN DEN BESTEHENDEN VERHÄLTNISSEN

Nr. 41 05/99
5. Jahrgang

Antifaschistisches Pressearchiv und

KÖLN-GIPFEL 1999 STÜRMEN • KAMPAGNE 5000 PLUS X DER ROTEN HILFE • 30. APRIL 1999 IN HEIDELBERG • KRITISCHE ANMERKUNGEN ZUM BUND GEGEN ANPASSUNG • PROGRAMM DES JUZ MANNHEIM

Geplänkel

Manchmal fragt sich das autonome Redaktionskollektiv, ob es denn möglich sei, daß ein Teil unserer kritisch-solidarischen LeserInnenschaft das in der *Sabotage* Geschriebene *absichtlich* mißversteht. Um nämlich die Gefahr des Auftretens unnötiger Mißverständnisse auf einem relativ niedrigen Level halten zu können, haben wir im Vorfeld so viele „Sicherheitsmaßnahmen" ergriffen, daß falsche Deutungen nur äußerst selten möglich sein dürften. Zum Beispiel haben wir - zusammen mit zwei anderen autonomen Zeitungen - im April 1997 eine Broschüre mit dem Titel „**DREISATZ**. *Reader für freie linksradikale Kommunikation und Diskussion*" veröffentlicht, in der das zehnseitige (!) Selbstverständnis der *Sabotage* abgedruckt wurde. An diesem ausführlichen Selbstverständnis orientieren wir uns auch heute noch. Dann gibt es unser jedes Mal auf Seite 3 abgedrucktes Impressum, innerhalb dessen darauf hingewiesen wird, daß „*namentlich gekennzeichnete Artikel ... unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen* [stehen] *und ... nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers* [also des Redaktionskollektivs] *wieder*[geben]" und wir zu „*den letztendlich abgedruckten redaktionsexternen Texten ... in einem kritisch-solidarischen Verhältnis*" stehen. Und außerdem ist die *Sabo* laut Selbstverständnis „*keine politische Organisation, die inhaltlich an die Beschlüsse eines übergeordneten »Vorstandes« gebunden ist*".

Bei allem anderen müssen wir an dem „gemessen" werden, wofür wir - über den Transport bestimmter Inhalte - stehen. Dazu gehört dann auch das provokante Stellen teilweise quälender Fragen, deren Beantwortung wir erwarten, und - wo dies als sinnvoll, als konstruktiv erachtet wird - das Verwickeln politisch nahestehender Gruppierungen in deren eigene Widersprüchlichkeit. Mit dieser Vorgehensweise, bei der sich das eine oder andere Mal ein „*Über-die-Stränge-schlagen*" nicht vermeiden läßt, sind wir schon oft angeeckt, haben uns viele böse Kommentare über unseren Umgang mit unserem politischen Umfeld anhören müssen, sind bei einigen LeserInnen „un-

Inhaltsverzeichnis:

antistaatlich-antikapitalistisch

Widerstand gegen das Europa der Herrschenden! - Köln Gipfel 99 stürmen! 5

antifa

300 DemonstrantInnen gegen Burschenschaften
- 500 Menschen auf dem Fest für ein neues AZ 14

Zur Demonstration „Weg mit dem Naziladen!" in Heidenheim 16

zentren-häuser-wagenplätze

Von A bis Z: Demo für Autonome Zentren und Wagenplätze in Köln 18

leserInnenbriefe

„Stellungnahme der ‚extremen Mitte'!
- Leserbrief zur *Sabo*-Stellungnahme ‚Schluß mit der NATO-Kriegspolitik'" 20

sonstige sabotage

Anmerkungen zum Bund gegen Anpassung 32

Kampagne 5000 plus X 36

Demos & Veranstaltungen 39

selbstverwaltet - antifaschistisch

Das JUZ Mannheim „Friedrich Dürr" in Selbstverwaltung im Mai/Juni 44

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.
Lausitzer Straße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 / 611 62 49
Blz: 100 500 00 / Kto.-Nr.: 0670017787

ten durch gekracht" - aber alles in allem bei diesem „Verfahren" geblieben. Manchmal besser - manchmal schlechter.

Anscheinend überhaupt nicht gelungen ist uns dieser kritisch-solidarische Umgang mit den politischen Herangehensweisen jener Gruppen, denen wir nachgewiesenermaßen seit Jahren inhaltlich nahestehen, in dem redaktionellen Einleitungstext zum „*Schluß mit der NATO-Kriegspolitik*"-Artikel in der letzten *Sabo* (Seiten 6 bis 8). Wir hatten uns tatsächlich noch überlegt, im Vorwort den darin teilweise anklingenden polemischen Ton zu entschuldigen, dieses Vorhaben aber dann doch verworfen - denn welcheR sich von der Andeutung eines „*von metropolenzentristischen »deutschen« Privileglinken erarbeitete[n] PC-Raster[s]*" die Wände hochschicken läßt, die/der metamorphosiert sprichwörtlich zum „getroffenen Hund, der bellt". Nun kam aber prompt auf diesen zweieinhalbseitigen Einleitungstext ein Leserbrief, der alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Obwohl wir im 40. Vorwort (auf Seite 3) explizit darauf hingewiesen hatten, daß wir - eindeutig positionierend - „*die Distanzierung jener Seite abgedruckt* [haben], *an deren diskursivem Verhalten wir vielleicht Kritik üben, denen wir aber in bezug auf ihre politischen Forderungen auf jeden Fall näher stehen*", und obwohl wir nicht nur diese „*Kritik am serbischen Nationalismus auf der Kundgebung gegen den NATO-Krieg gegen Jugoslawien am 27.03.1999 in Heidelberg*" (der Antifaschistischen Jugendaktion und der Gewaltfreien Aktion) veröffentlicht haben, sondern auch den „**nicht-antiimperialistischen**" AJA/GA/GWR - Flugblattext „*Schluß*

"Mit ihrem selbstmandatierten Kriegseinsatz hat die NATO den Weg frei gemacht zu einer pluralen nationalstaatlichen Interpretation des Völker- und Menschenrechts, die keiner langwierigen diplomatischen Konsensfindung bedarf."
Andrea Benl in der Jungle World

Impressum SABOTAGE

erscheint monatlich, Auflage 600 St.
Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Vormonats!

Die *Sabotage* ist erhältlich bei:
Antiquariat Schöbel HD, Comeback MA, Copy Corner HD, Crazy Diamond HD, Der Andere Buchladen MA, „Dritte" Welt Laden HD, JUMP Walldorf, ExLibris HD, JUZ MA, LP HD, Neckarpark MA, Nosferatu MA, Schwarzwurzel LU, Stoffwechsel MA oder im
Abonnement: für 5/10 Ausgaben 10/20,- DM in Scheinen oder Briefmarken an die Redaktionsanschrift oder im
Internet:
http://www.autonomes-zentrum.org/sabotage/

HERAUSGEBER:
Autonomes Redaktionskollektiv HD

Redaktionsanschrift:
Sabotage
Postfach 104520
69035 Heidelberg
Fax: (0 62 21) 2 26 52
e-mail: sabo@autonomes-zentrum.org

Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitung. Zusendung von Artikeln ist erwünscht. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Zu den letztendlich abgedruckten redaktionsexternen Texten steht es in einem kritisch-solidarischen Verhältnis. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.
anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Inhalte: Die *Sabotage* will Informationen, Positionen und Diskurse veröffentlichen, die durch den bürgerlich-kapitalistischen Medienapparat nicht zugänglich werden. Sie will Menschen aus verschiedenen politischen Bereichen die Teilnahme an Diskussionsprozessen innerhalb der revolutionären Linken ermöglichen.

ViSdP: Kalle Blomquist
Landwehrstr. 1997
44577 Castrop-Rauxel

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

mit der NATO-Kriegspolitik - Keine Bundeswehreinsätze! Weder in Kosovo noch sonstwo in der Welt!", hat uns ein Graswurzler (!) einen teilweise sehr bösen, auch verletzenden Brief geschrieben mit folgender Intention: Politische Distanzierung des *Sabotage*-Redaktionskollektivs von den Heidelberger Antiimps. Das fanden wir wirklich relativ absurd. Trotzdem konnten wir diesen Leserbrief nicht einfach so stehen lassen, auch wenn uns das vielleicht sogar am liebsten gewesen wäre. Auf solche Attacken zu antworten, bedeutet ja immer, sich an mindestens einer Stelle auf das Argumentationslevel des Kritikers/der Kritikerin einzulassen - und damit wieder dem Vorwurf ausgeliefert zu sein: „*Ihr habt Euch aber auf das gleiche Niveau begeben!*" Was nun wirklich dabei herausgekommen ist, erfahrt ihr aus unserem „Anmerkungskatalog", den wir dem Leserbrief von Petrus Ramus „angehängt" haben. Viel Spaß!

Ansonsten ging der NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien mit unverminderter Intensität weiter. (Wenn uns der Petrus Ramus-Leserbrief nicht dazwischen gekommen wäre, hätten wir wohl ein aktuelles Flugblatt dazu veröffentlicht.) Unter anderem hat - am 24.04.1999 - in Heidelberg ja auch die Demonstration „*Schluß mit den Bombardierungen - Nein zum Krieg gegen Jugoslawien!*" zum NATO-Hauptquartier stattgefunden, an der einige hundert Menschen teilnahmen. Organisiert wurde die Demo, auf der wieder einmal auch unangenehme serbische NationalistInnen ihr äußerst intelligentes „NATO - Mafia!" grölen konnten, vom *Heidelberger Bündnis „Stoppt die NATO - Nein zum Krieg!"*, dem neben dem *AKAS*, der *Cuba Solidarität*, dem *DASOV* und dem *Friedensladen im Eine Welt Zentrum* auch die *Antifaschistische Jugendaktion* angehört. (Für uns noch einmal ein Indiz dafür, daß Petrus Ramus mit seiner „radikalen" Ansicht wahrscheinlich alleine dasteht.)

Der Juni rückt jedenfalls näher, und wir stehen somit kurz vor den Gipfeln in Köln. Weil ja der NATO-Angriffskrieg **zurecht** das alles dominierende politische Thema seit nahezu sieben Wochen ist, waren wir doch überrascht über die Menge an Widerstandspotential, das sich trotz alledem noch um die Gipfel in Köln „gekümmert" hat. Auf insgesamt neun *Sabo*-Seiten erfahrt ihr, warum der Widerstand gegen diese Gipfel so wichtig ist und wann ihr, wenn ihr ihm Ausdruck verleihen wollt, wo hinfahren solltet. Aber vergeßt bei alledem nicht: Köln wird im Juni eher das Aussehen eines riesigen, von mehr als 10.000 Bullen bewachten, von „sozialem Unrat" befreiten Hochsicherheitstraktes haben - als von einer großen Stadt...

Im übrigen gilt - wie immer: „Was sonst noch so los war in den Tagen vor Erscheinen der *Sabo*, erfahrt ihr im folgenden!" (Auch wenn wir aus diversen Gründen beispielsweise nichts zum „*Weltweiten Aktionstag für Mumia Abu-Jamal*", zum 01.05.1999 in Bremen oder Detmold, zu den „Revolutionären 1. Mai-Demos" in Mannheim oder Berlin oder Prag, zur Anti-AKW-Frühjahrskonferenz in Heidelberg oder zum Nazi-Besuch beim Dia-Vortrag »„Dark Wave" - Jugendsubkultur zwischen Romantik und SS-Mystik« im JuZ Mannheim abgedruckt haben...)

In der Hoffnung, daß ihr trotz der Versuche des Repressionsapparates oder der Nazis, entweder Widerstand oder progressive Inhalte im Keim zu ersticken, gut in den Mai gekommen seid

Autonomes Redaktionskollektiv

[Hinweis in eigener Sache: In den letzten Monaten ist es uns regelmäßig passiert, daß wir aufgrund unseres notorischen Platzmangels bereits fest eingeplante Artikel wieder aus der *Sabo* herausnehmen mußten. So auch dieses Mal: Ein längerer Artikel von Angela Davis zum rassistischen Knastsystem in den USA mußte genauso dran glauben wie das Walser-Flugblatt der Antifaschistischen Jugendaktion Heidelberg. Beide Texte haben aber den Vorteil, relativ zeitlos zu sein, und harren dadurch einer späteren Veröffentlichung. Garantieren können wir dies allerdings nicht. Sorry.

Ach ja, und übrigens: Die nächste *Sabo* erscheint voraussichtlich erst Ende Juni/Anfang Mai - der Streß im Juni wird wohl auch bei uns zu redaktionellen Engpässen führen. Was aber wieder den Vorteil hat, daß noch die ganzen Köln-Geschichten in die kommende Ausgabe gesteckt werden können. Bis dann.]

— antistaatlich-antikapitalistisch —

Widerstand gegen das Europa der Herrschenden!

Köln-Gipfel 1999 stürmen!

Um im Konkurrenzkampf zwischen den drei imperialistischen Zentren USA, Japan, EU weiterhin bestehen und weltweite Absatzmärkte/Ausbeutungsformen auf Dauer sichern zu können, soll das „unionisierte" Europa unter der Hegemonie Deutschlands in einen großen, stabilen und vereinheitlichten ökonomischen Binnenmarkt verwandelt werden, der als kontinentaler Herrschaftskomplex festungsartig all jene ausgrenzt, abschiebt oder abschottet, die nicht der Profitgier der kapitalistischen Verwertungslogik entsprechen. „Die Europäische Union ist *[dabei]* die Institutionalisierung verschärfter rassistischer Politik gegen Flüchtlinge" *(aus einem Aufruf zum europaweiten antifaschistischen Block auf der Demonstration gegen den EU-Gipfel am 29. Mai 1999) und steht* „für die Fortführung der Politik kolonialer und imperialistischer Expansion und weltweiter Ausbeutung" *(aus dem Flugblatt* „***Widerstand gegen das Europa der Herrschenden!***. Aufruf gegen die EU- und Weltwirtschaftsgipfel '99" *des Linksradikalen bundesweiten Bündnisses gegen EU- und Weltwirtschaftsgipfel '99 in Köln).*

Am 03./04. Juni tagt in Köln (im Gürzenich) der EU-Rat, also die höchste politische Instanz, die für diesen kontinentalen Herrschaftskomplex verantwortlich zeichnet (erwartet werden ca. 1.500 offizielle VertreterInnen der 18 EU-Mitgliedsstaaten, Delegationen der 10 BeitrittskandidatInnen und ca. 5.000 PressevertreterInnen); und vom 18. bis 20. Juni treffen sich in der gleichen Stadt (im Museum Ludwig) die Staatsoberhäupter der sieben reichsten nationalen Wettbewerbsstaaten der Welt (G 7) zum sogenannten „Weltwirtschaftsgipfel" (erwartet werden ca. 3.500 Offizielle und PressevertreterInnen). Dazwischen finden dann noch die Wahlen zum Europäischen Parlament statt, an denen sich etliche faschistische Parteien beteiligen.

Eine unglaubliche Menge an Gruppen, Organisationen, Einzelpersonen hat in den letzten Monaten sehr viel Energie in die unterschiedlichsten Gegenaktivitäten zu diesen Köln-Gipfeln gesteckt, so daß es als „außenstehende" Person nicht immer leicht war, den Überblick zu behalten. Das war auch der Grund für uns, in der Sabo *so lange mit dem Abdruck von Mobilisierungstexten zu warten; zumal eine zu verfrühte Veröffentlichung sowieso eher kontraproduktiv gewesen wäre. Nun sind wir aber im Bilde, haben ausreichend Kenntnis genommen von nahezu allen Vorbereitungsgruppen (und deren Texten), und wissen (in etwa), wo was läuft. Inhaltlich haben wir uns dazu entschieden, den unseres Erachtens fundiertesten aller Anti-Gipfel-Texte zu veröffentlichen - wie immer leicht gekürzt.*

Es ist jener des Linksradikalen Bundesweiten Bündnisses gegen EU- und Weltwirtschaftsgipfel '99 *in Köln. Ihm gibt es eigentlich nicht mehr viel hinzuzufügen. Am Ende haben wir versucht, die unseres Erachtens empfehlenswertesten Termine zu den Meetings der Herrschenden aufzulisten. [Übrigens hat der Rote Splitter Heidelberg einen Bus organisiert zur Demo am 19.06.1999; bei Interesse könnt ihr euch an ihn wenden.]* -Sabotage

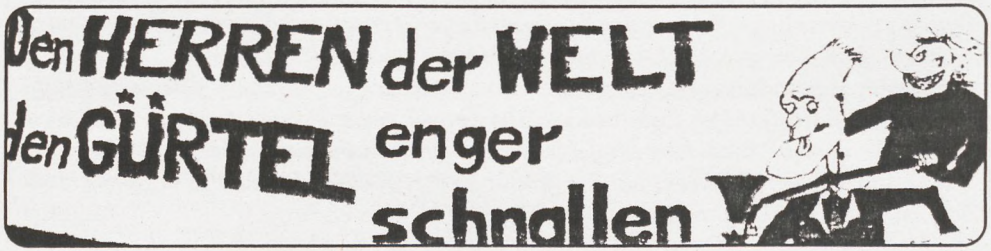
»Wenn sich die staatlichen Vollstrecker der kapitalistischen Weltordnung im Juni in Köln treffen, werden wir Widerstand leisten. Widerstand gegen die Organisation von Unterdrückung und Ausbeutung, Widerstand gegen die feiste Zurschaustellung von blutiger Macht, Widerstand gegen die Lobhudeleien über die BRD. Vom 3. bis 4. Juni 1999 werden im Kölner Gürzenich unter deutschem Vorsitz die führenden Staats- und Wirtschaftseliten der EU-Staaten tagen. Vom 18. bis 20. Juni findet der sogenannte Weltwirtschaftsgipfel statt, das Treffen der G-7 Staatschefs, der Direktoren von IWF, WTO usw.

Der EU-Gipfel steht im Zeichen

- des geplanten Ausverkaufs Osteuropas an die Interessen des westeuropäischen Kapitals;
- einer ökologisch zerstörerischen, kapitalintensiven und durchindustrialisierten Agrarpolitik, der Kürzung der Zahlungen für abgekoppelte Regionen und der Konzentration in der Landwirtschaft (Agenda 2000);
- einer zunehmenden Verschlechterung der Lebensbedingungen lohnabhängiger und erwerbsloser Menschen z. B. durch die Ausweitung ungesicherter Arbeitsverhältnisse auf europäischer Ebene;
- des Ausbaus von EUROPOL, ohne parlamentarische Kontrolle, mit Datensammlungen, Überwachungsnetzen und Immunität für Polizeibeamte und -institutionen;
- der immer perfekteren Abschottung der Festung Europa gegen Flüchtlinge und MigrantInnen und
- des Aufbaus eines militärischen Arms der EU, möglicherweise der WEU.

Seit etwa 40 Jahren gibt es das Vorhaben der europäischen Einigung unter kapitalistischem und imperialistischem Vorzeichen. Mit der Ratifizierung des Maastricht II-Vertrages und der offiziellen Einführung des Euro zum 1.1.1999 wurden die bislang letzten Schritte zur ökonomischen und politischen Vereinheitlichung der westeuropäischen Staaten getan. Westeuropa formiert sich als wirtschaftlicher Block und verbessert sowohl seine Kampfbedingungen in der imperialistischen Konkurrenz gegenüber den anderen Metropolen als auch seine Möglichkeiten zur Ausbeutung des Trikont. Gleichzeitig wetteifern verschiedene Staaten um die Vorherrschaft in der EU. Die BRD erlangt durch die EU neue Absatzmärkte und verbesserte Möglichkeiten, anderen Staaten ihre Bedingungen zu diktieren. Ein Mittel dazu ist die Währungspolitik der Europäischen Zentralbank in Frankfurt, die nach dem Modell der ehemaligen Bundesbank für einen „harten" Euro sorgt, also u. a. für die Minimierung staatlicher Sozialausgaben und für die Erleichterung des Niederkonkurrierens schwächerer kapitalistischer Ökonomien, z. B. im Mittelmeerraum.

Auf den Weltwirtschaftsgipfeln regulieren die imperialistischen Hauptländer ihre gegenseitige Konkurrenz und sprechen sich ab über die Aufteilung der Absatzmärkte, Wechselkurse, Rüstung und das Niederhalten von Opposition. Der Club des internationalen Kapitals, die Konzerne und Banken aus den G-7 Ländern und der EU beherrschen die Weltwirtschaft und bilden eine Front gegen die Menschen im Trikont und gegen revolutionäre Bewegungen. In Köln wird es um die kapitalistische Regulation der „nachhaltigen" Aus-



beutung der peripheren Länder gehen; die G-7 planen einen sogenannten „Teilschuldenerlaß" im Gegenzug für eine intensivierte Ausplünderung der Ressourcen der Empfängerländer.

Die Bundesregierung will die Gipfel dazu nutzen, die BRD als technisch moderne, normale, zivilisierte kapitalistische Großmacht darzustellen, die ihre faschistische Vergangenheit nun endgültig hinter sich gelassen hat.

Die Stadt Köln will die Gipfel für ihre Propaganda für die Wirtschaftsmetropole Köln verwenden. Dabei stören Menschen mit bestimmten sozialen „Auffälligkeiten" (den zugeschriebenen Merkmalen von Armut und Dissidenz), die sich in der Innenstadt aufhalten. Und für den Sommer 99 ist der Ausnahmezustand in der Stadt zu erwarten, mit Bannmeilen, Sicherheitszonen, gesperrten Brücken und dem Weg"säubern" von Unangepassten durch 10.000 Bullen.

Diese Suppe werden wir ihnen versalzen!

Was wir wollen? Die Beherrschung verlieren!

Das fünfhundertjährige Reich...

Die Entwicklung des Kapitalismus beruht auf mehr als 500 Jahren Ausbeutung, Naturzerstörung und Terror in Asien, Afrika und Lateinamerika. Mit der Eroberung Lateinamerikas ab 1492 wurde die vorher in Afrika begonnene Ausplünderung des Trikont auf die ganze Welt ausgedehnt. Die Regionen außerhalb der kapitalistischen Zentren sind heute Lieferanten von Rohstoffen, Lebensmitteln und Billigwaren, Absatzmärkte für Industrieprodukte aus den Metropolen und Reservoir für Arbeitskräfte. Nach dem Zerfall des RGW hat wird Osteuropa im Rahmen der sogenannten Osterweiterung durch das westeuropäische Kapital kolonialisiert. Die BRD versucht die Region zum Hinterhof auszubauen.

Institutionen wie der Internationale Währungsfonds und die Weltbank, GATT/WTO und seitens der EU das Lomé-Abkommen erzwangen nach der Entkolonialisierung die Öffnung der Märkte im Trikont für europäisches Kapital und Waren, Privatisierung von Infrastruktur und Böden, Abbau von Sozial- und Gesundheitsausgaben und Lohnkürzungen. Als Folge davon leben drei Viertel der Menschheit in Armut, Unterernährung, Krankheit und Analphabetismus. Banken und Konzerne, die herrschenden Eliten innerhalb der verelendenden Trikontstaaten sowie ein Teil der Bevölkerung in Westeuropa, Nordamerika und Japan profitieren von diesen Verhältnissen. Doch auch hier nehmen Erwerbslosigkeit, Verelendung und mangelhafte Ernährung zu, wachsen Ghettos, Slums und Obdachlosensiedlungen. Langfristige Kredite mit zunächst niedrigen Zinsen leiteten in den Achtziger Jahren einen weltweiten Verschuldungsprozeß des Trikont ein. Die Illusion einer Strategie der nachholenden Entwicklung mittels Krediten war von vorneherein zum Scheitern verurteilt, da die Voraussetzungen für eine „normale" kapitalistische Entwicklung dort nicht gegeben war. Ihr Scheitern wurde deutlich, als die dadurch ausgelösten sozialen und Klassenkämpfe (z. B. in Südkorea) die Bedienung der Schulden ins Stocken brachte und die Zinsen stiegen. Hinzu kommt, daß der Austausch zwischen Peripherie und Metropolen ein ungleicher Tausch ist. Denn für eine Arbeitsstunde, die in den Zentren geleistet wird, müssen im Trikont mehrere Arbeitsstunden als Gegenleistung erbracht werden.

...und kein Ende

Gegenwärtig bilden regionale ökonomische Bündnisse (NAFTA, EU, ASEAN) unter einer Hegemonialmacht oder mehreren konkurrierenden Hegemonialmächten die Grundpfeiler einer neuen Weltordnung. In den Großwirtschaftszonen sollen die Hindernisse für Waren- und Kapitalströme beseitigt werden. Das bringt dem in diesen Zonen jeweils stärksten Kapital maximalen Profit, in der EU also vorwiegend dem BRD-Kapital. Vor allem in den ökonomisch schwächeren Gesellschaften führt es gleichzeitig zu verschärfter Ausbeutung und Armut.

— antistaatlich-antikapitalistisch —

Die Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Mächten steigt. Sie wird u. a. durch Handelskriege, durch „unfreundliche Übernahmen" und auch schon durch kriegerische Rivalität ausgetragen - siehe z. B. die entscheidende Beteiligung der BRD bei der Zerstörung Jugoslawiens. Die Herausbildung einer von den USA unabhängig agierenden, atomar bewaffneten Militärmacht EU läuft über verschiedene Optionen: sei es die Aufwertung der WEU, die Bildung von multinationalen „Kriseninterventionskräften" oder die Formulierung einer „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik" (GASP). Die Versuche in einzelnen Ländern, dem System der Profitmaximierung zu entrinnen, sind bisher gescheitert: An der erzwungenen Abhängigkeit aller Regionen vom kapitalistischen Weltmarkt und an der Überlegenheit der imperialistischen Staaten: Deren Blutspur zieht sich von Algerien und Vietnam, über Angola und Nicaragua, Chile und Zaire bis hin zu Panama, Kurdistan und die Kriege am Golf.

- *Zerschlagung aller herrschaftssichernden Institutionen wie WWG, IWF, Weltbank, NATO!*
- *Sofortige Schuldenstreichung und Reparationszahlungen der kapitalistischen Zentren an die ausgeplünderten Menschen im Trikont!*
- *Keine weltweiten Einsätze der Bundeswehr, weder allein, noch im Rahmen der NATO - für die Auflösung der Bundeswehr!*

Danke für meine Arbeitsstelle!

Der Kapitalismus verweigert auch in den Metropolen den Menschen zunehmend die notwendigsten Mittel für ihr Leben. Das unersättliche Streben nach Profit führt dazu, daß ganze Produktionszweige dereguliert, Arbeitsverhältnisse flexibilisiert und abgekoppelt werden vom System der sozialstaatlichen Absicherung - vom Arbeitslosengeld bis zur Ausbildungsfinanzierung. Prekäre Jobs, d. h. Arbeitsverhältnisse ohne Kündigungsschutz, zu Niedriglöhnen, ohne Streikrecht, ohne Kranken- und Arbeitslosenversicherung, nehmen zu. Dazu kommt die Illegalisierung von zigtausend MigrantInnen, die verstärkte Ausbeutung von Frauen, Verarmung, Obdachlosigkeit. Bioethik- und Euthanasiepropaganda bereiten darauf vor, nicht mehr als ausbeutungsfähig eingestufte Menschen als Ressource zu verwerten: Von der Patentierung von einzelnen lukrativen Genen bis zum Organhandel.

Mit der permanenten Automatisierung und Computerisierung und der Umwälzung der stofflichen Grundlagen kapitalistischer Produktion werden technische Voraussetzungen geschaffen, um die Widerstandspotentiale der verbleibenden Lohnabhängigen, wie z. B. Sabotage, langsames Arbeiten zu unterhöhlen und durch Massenentlassungen den Preis der Ware Arbeitskraft zu drücken.

Wir brauchen keine körperlich und psychisch kaputtmachende „Arbeit" für alle, um viele sinnlose und menschen- und naturzerstörerische Dinge herzustellen. Wir brauchen die Möglichkeit, ohne Zwang zur Lohnarbeit das zu bekommen, was für ein menschenwürdiges Leben nötig ist: ausreichendes und gesundes Essen, genügend Wohnraum, den Zugang zu Bildung und Kultur, die Möglichkeit zur Fortbewegung, medizinische Versorgung, Pflege für Behinderte, Alte und Kranke, Möglichkeiten zu Kinderbetreuung und noch viel mehr!

Das Patriarchat geht voran

Frauen müssen aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung fast überall unbezahlte Reproduktionsarbeit (Kindererziehung, Hausarbeit, soziale Versorgung, Nahrungsmittelherstellung) leisten, die als „Nichtarbeit" unsichtbar zu machen versucht wird. Insgesamt verrichten sie 2/3 aller Arbeit und den größten Anteil an ungesicherter Arbeit, erhalten aber nur ein 1/10 des Einkommens und besitzen nur 1% des Eigentums.

Sie bekommen im Durchschnitt 40% weniger Lohn als männliche Arbeiter. Frauen werden bei Ernährung, Ausbildung sowie der Gesundheitsversorgung benachteiligt. 70% der Armen weltweit sind Frauen.

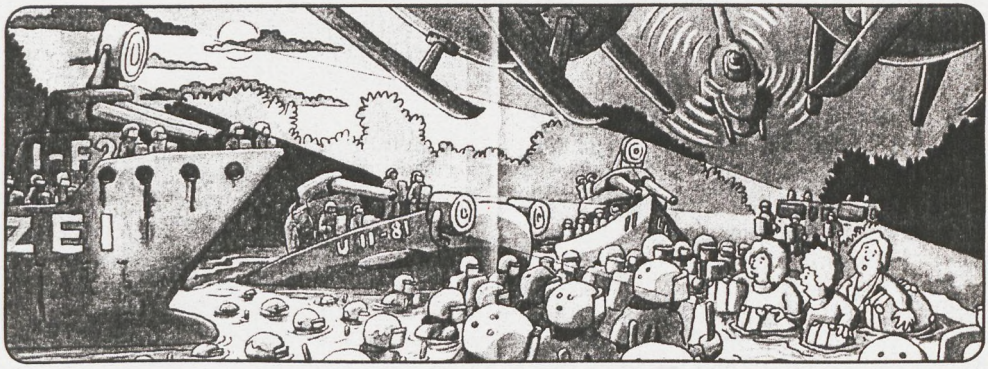
Mit den extensiven Landvertreibungen und der Industrialisierung der Landwirtschaft für die Exportproduktion im Trikont ist auch der Druck gestiegen, sich zu entscheiden, in den Zulieferbetrieben für die Industrien der Metropolen zu schuften oder in die kapitalistischen Zentren zu emigrieren. Die Schwemme von Fertigungsbetrieben in den Exportsonderzonen in Mittelamerika, Südostasien/China und z. T. in Osteuropa hat verheerende Folgen für Frauen: 80% der ArbeiterInnen dort sind Frauen, die mörderischem Arbeitstempo, direkter Gewalt und fehlendem Gesundheits- und Arbeitsschutz ausgesetzt sind.

Die Deregulierung und Umstrukturierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse geht zu Lasten der Frauen: Die prekarisierte Teilzeitarbeit im Rahmen der europäischen „Bündnisse für Arbeit" sind eine Ausbeutungsform, die mehrheitlich Frauen vorbehalten ist. Frauen stellen einen überproportionalen Anteil an Sozialhilfeempfängerinnen. Frauenarbeit soll einhergehend mit dem Abbau von sozialstaatlichen Garantien als „soziales Auffangnetz" herhalten.

Frauen sind vielfältigen Formen patriarchaler, sexistischer Gewalt und Folter ausgesetzt.

Ihr Körper wird als Ware gehandelt, u. a. durch den Frauen- und Mädchenhandel aus Südostasien und Osteuropa und den Sextourismus der deutschen Männer auf den Philippinen, in Thailand und Kenia. Frauen leben weltweit in wirtschaftlicher und rechtlicher Abhängigkeit von (Ehe-)Männern. Der Kampf gegen diese Gewaltverhältnisse wird nicht als politischer Widerstand akzeptiert. Frauenspezifische Fluchtgründe werden nicht anerkannt, und Frauen ohne eigenen Paß können in der BRD keinen Asylantrag stellen. In den kapitalistischen Zentren wie im Trikont sind sie Objekte bevölkerungspolitischer Maßnahmen. Mit Hilfe von Gen- und Reproduktiontechnologien wird Frauen die Kontrolle über ihre Gebärfähigkeit entzogen. Das Ziel ist, genügend „weißen" Nachwuchs zu sichern. Frauen in Afrika, Lateinamerika, Asien und Ozeanien sowie schwarze Frauen, die in den Zentren leben, werden Zwangssterilisierungen, Zwangsabtreibungen (z. B. von weiblichen Embryonen in Indien) und gesundheitsgefährdenden Verhütungsexperimenten ausgesetzt. Auf der anderen Seite werden weiße, nichtbehinderte Frauen durch sogenannte „Le-bens"schutzpropaganda und strafbewehrte Abtreibungsverbote zum Gebären erpreßt.

- *Gegen Ausbeutung und patriarchal-kapitalistische Arbeitsteilung!*
- *Schluß mit der herrschenden Bevölkerungspolitik, mit sexistischer Gewalt und Abtreibungsverboten; Einstellung aller Zwangssterilisierungsprogramme!*



Nachhaltiger Ökoimperialismus!

Das Kapital der EU- und G7-Staaten ist der Hauptverursacher für die globale Naturzerstörung: Es fördert kapitalintensive Großprojekte (z. B. Hochgeschwindigkeitszüge, Raumfahrt) und Sackgassentechnologien und setzt auf der Suche nach neuen Verwertungsmöglichkeiten bislang relativ unberührte Naturressourcen der Zerstörung aus. Die Naturzerstörung wird durch die Entwicklung einer neuen Generation von Destruktivkräften (z. B. Atomkraft in ihrer militärischen oder zivilen Variante, Gentechnik) gesteigert, durch den Export von Giftprodukten und Müll, die Ansiedlung lebensgefährlicher Produktionsanlagen in den Ländern des Trikont und die Plünderung der Ressourcen bis zur Gefährdung der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen der Menschen. Monokulturen, Abholzen tropischer Wälder, genetisch manipuliertes Saatgut und Chemie in der Landwirtschaft usw. führen zu Bodenerosion, Ausbreitung der Wüsten sowie zu klimatischen Veränderungen.

Ökoimperialistische Politik tritt aktuell unter dem Label der „nachhaltigen Entwicklung" auf: Auf Umwelt- und Klimakonferenzen der UNO wird nach technokratischen Wegen und Reparaturtechnologien gesucht, um die Folgen der Umweltzerstörung der Metropolen auf andere Regionen zu verschieben (z. B. Handel mit CO_2-Margen). Durch das Verbreiten von individuellen Schuldzuweisungen und Verzichtsappellen (Agenda 21) soll die Galgenfrist für eine systematisch naturzerstörerische Produktionsweise herausgeschoben werden.

Gegen Ökoimperialismus, gegen die Ausplünderung und Zerstörung der äußeren Natur; gegen Gen- und Reproduktionstechnologie und die Manipulation und Selektion von Lebewesen nach Verwertungskriterien!

Rassismus und Nationalismus von oben und unten

Rassistische und sexistische Gewalttätigkeit, staatliche Repression und eine besondere Ausbeutung der (Arbeits-) MigrantInnen gibt es in allen EU- und G7-Staaten.

An deren Grenzen werden Flüchtlinge vorsortiert nach Qualifikation, Geschlecht, politischer Gesinnung und Hautfarbe. Wer brauchbar ist, darf herein: Als rechtlose ArbeitssklavInnen ohne soziale Absicherungen in der Landwirtschaft, Gastronomie, am Bau und in der Textilindustrie, als Haushaltshilfen oder für die Prostitution.

Das Schengener Abkommen (1993) sorgt dafür, daß die Außengrenzen der EU mit Schnellbooten an den Küsten und Infrarotgeräten an den Landesgrenzen verbarrikadiert sind und die neue High-Tech-Mauer um die Festung Europa immer unüberwindlicher wird. Seit 1990 sind an der BRD - Ostgrenze 90 Menschen getötet worden - auf der Flucht vor dem BGS oder deutschen Bürgerwehren verunglückt oder ertrunken beim Versuch, nachts an gefährlichen Stellen unentdeckt den Grenzfluß zu überqueren. In Griechenland wird die EU-Außengrenze bereits mit Minenfeldern gesichert. Unerwünschte Flüchtlinge werden schikaniert (z. B. durch Essenspakete), in die Illegalität getrieben oder in Lagern interniert, die mit Mauern und NATO-Draht umzäunt sind, in denen mehrere hundert Menschen auf engstem Raum unter elenden Bedingungen hausen. Sie werden eingesperrt im von der „rot-grünen" Landesregierung errichteten Hochsicherheitstrakt auf dem Frankfurter Flughafen, im größten bundesdeutschen Abschiebeknast in Büren (NRW) oder im Frauenabschiebeknast in Neuss. Gegen diese staatlichen und gesellschaftlichen Zwangsverhältnisse leisten Flüchtlinge und MigrantInnen alltäglichen Widerstand in Form von massenhafter Verweigerung - Zerstörung von Essenspaketen, Knastrevolten, Leben in Illegalität usw.

Mit der europaweiten Zusammenarbeit der Geheimdienste und Polizeien im Rahmen von TREVI und der neuen Europapolizei EUROPOL sind überstaatliche Koordinierungsstellen entstanden, die die „Flüchtlingsströme" überwachen und den Widerstand gegen die Folgen des kapitalistisch - imperialistischen Herrschaftskomplexes EU kontrollieren sollen.

Kein Europa der Vaterländer, kein Vaterland Europa, überhaupt kein Vaterland!

Ein großer Teil des staatlichen Gewaltapparates wie auch der Bevölkerung paktiert - in Rostock 1992 und anderswo - mit den rassistischen TäterInnen. Billiglöhne, Rohstoffraub und Profite des Kapitals aus Diktaturen verschaffen der Metropolenbevölkerung eine relativ bessere Lebenssituation. Sie hat insofern ein systemimmanentes Interesse am Fortleben rassistischer und imperialistischer Strukturen, das als Leistungs-, Anpassungs- und Aufstiegsdenken, als Wohlstandschauvinismus und Überlegenheitsdenken auftritt. Ihre brutalste Ausprägung hat die Identifikation der „Volksmassen" mit herrschenden Eliten - in Kombination mit auf völlige Verwertung und Vernichtung ausgerichtetem Antisemitismus - im deutschen Nationalsozialismus gefunden. Aufgrund der nie substantiell gebrochenen Gemeinschaft von herrschenden Eliten und „Volksmassen" in Deutschland haben der deutsche Nationalismus und der Expansionsdrang des deutschen Imperialismus eine besondere Aggressivität. Eurochauvinismus und Nationalismus widersprechen sich nicht, sondern passen bestens zusammen.

Ob DVU und NPD in der BRD, Front National in Frankreich, FPÖ in Österreich oder Alleanza Nazionale in Italien: Die FaschistInnen grölen weiterhin „Deutschland den Deutschen" oder „Frankreich den Franzosen" und helfen gleichzeitig mit beim Ausbau der Festung Europa und sind dabei, sich immer stärker europaweit zu vernetzen.

Die einen fliehen vor Krieg und Folter, andere vor Hunger und Armut oder weil sie wegen ihres Geschlechts, ihrer Homosexualität, ihrer politischen Haltung oder der ihnen zugeschriebenen „Volkszugehörigkeit" verfolgt werden. Viele erhoffen sich auch einfach nur woanders bessere Lebensbedingungen. Egal warum - jeder/m steht es zu, selbst zu entscheiden, wo er/sie leben will.

Darum:

- *Weg mit allen Grenzen! Weg mit allen Ausländergesetzen! Gleiche Lebensmöglichkeiten für alle!*
- *Gegen das Schengen-Abkommen, EUROPOL und TREVI - Weg mit allen Repressionsorganen!*
- *Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit!*
- *Gegen die Festung Europa - gegen Menschenjagd, Abschiebung, Polizeistaat und Rassismus!*

Die Alternative: Soziale Revolution!

International und solidarisch gegen das Europa der Herrschenden!

Weder von der EU, noch von nationalen Regierungen können wir uns irgendetwas menschenfreundliches erwarten. Auch nicht, wenn SozialdemokratInnen - mit oder ohne grünen oder exkommunistischen Ministern - in den staatlichen Führungspositionen sitzen, wie es inzwischen in den meisten EU-Staaten der Fall ist. Aber es gibt hier und international eine Alternative zu diesem zerstörerischen, verlogenen, in Reichtum für wenige erstickenden System, das auf dem Elend von 90% der Menschen aufbaut: Ein Leben ohne Hunger, Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung für alle ist erreichbar. Allen Menschen muß die umfassende Entwicklung ihrer Fähigkeiten und Bedürfnisse ermöglicht werden, ohne Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die auf der Grundlage von Solidarität und Gleichheit aufbaut und in der es weltweit keine Ausbeutung und keine Herrschaft von Menschen über Menschen mehr gibt. Eine Gesellschaft, in der es keine Nation und keinen Staat mehr gibt. Eine Gesellschaft, in der die Menschen selbst bestimmen, wie sie leben und was sie produzieren. Der Weg dorthin beginnt mit dem Widerstand heute: Wehren wir uns gegen den alltäglichen Terror der Lohnarbeit, gegen alltägliche rassistische und sexistische Diskriminierung und Bevormundung!

Kämpfen wir hier in den kapitalistischen Zentren gegen diejenigen, die die Ausbeutung der „3. Welt" und ökologische Zerstörung weltweit organisieren! Streuen wir Sand in das Getriebe des militärischen und polizeilichen Sicherheitsapparats des Festung Europa:

„Auch Rom ist nicht an einem Tag zerstört worden" („**Blick nach vorn im Zorn**", Aufruf linksradikaler Gruppen gegen den WeltWirtschaftsGipfel 1992 in München).

Zusammen mit allen, die sich - weltweit - befreien wollen, leisten wir gegen diese patriarchal-kapitalistischen Verhältnisse Widerstand: Z. B., indem wir den von einen rassistischen Justizmord bedrohten Mumia Abu-Jamal freikämpfen oder mit den Menschen in Chiapas solidarisch sind gegen die Todesschwadronen der PRI und mit den kurdischen Menschen solidarisch sind gegen die türkische Armee und gegen die Repression innerhalb der EU- Staaten. Indem wir uns am Kampf für die Stillegung aller Atomanlagen von Gorleben bis Sellafield beteiligen. Durch die Unterstützung wilder Streiks der Textilarbeiterinnen in den Klitschen der Sonderwirtschaftszonen. Dadurch, daß wir den Sans-Papiers in Frankreich, den Ansätzen von internationalen Klassenkämpfen z. B. der Renault-ArbeiterInnen in Spanien, Belgien und Frankreich und dem Widerstand indischer BäuerInnen zur Seite stehen, die das Gentech-Saatgut und Felder von MONSANTO und anderen Agro-Konzernen zerstört haben und durch die Vernetzung und Zusammenarbeit und den Aufbau von Strukturen europaweiten Widerstands.

Oder durch den Widerstand gegen EU- und Weltwirtschaftsgipfel.

Wir rufen auf:

- *zur internationalen Demonstration gegen den EU-Gipfel am 3. Juni;*
- *zum internationalen Anti-EU-Kongreß vom 3. bis 6. Juni!«*

Linksradikales bundesweites Bündnis gegen EU- und Weltwirtschaftsgipfel '99 in Köln
Kontakt:
c/o Antifaschismusreferat im AStA Uni Köln, Universitätsstr. 16, 50937 Köln,
Tel.: (0221) 4702992, Fax: (0221) 470507,
e-mail: asta@uni-koeln.de

Broschüre zu EU- und Weltwirtschaftsgipfel Köln 1999

„kölngehen – Erkundungen zu Globalisierung und Internationalismus"

Kapitalistische Globalisierung – Krisen, Strategien und Institutionen

Herrschende Diskurse über politische Regulierung

Internationalismus quo vadis? Reflektionen über vergangene und aktuelle Kampagnen

Herausgeber: **BUKO**
Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft

72 Seiten
Preis: 6,– DM zuzügl. Versandkosten
ab 10 Stück 4,50 und ab 50 Stück 4,– DM

Bestelladresse:
BUKO-Geschäftsstelle
Nernstweg 32-34 · 22765 Hamburg
Tel. 0 40/39 31 56 · Fax 0 40/3 90 75 20

Termine & Adressen

29. Mai 1999

13.00 Uhr, Hohenzollernring: Demonstration „Festung Europa angreifen! *Auf zum internationalistischen antifaschistischen Block!*" (Auf dieser Demo, an der auch sehr viele MigrantInnengruppen teilnehmen werden, wird es auch einen linksradikalen Block geben. WelcheR Näheres zum 29. Mai wissen will, die/der kann sich entweder das mehrseitige Flugblatt „*Fight Fortress Europe - Join The Antifascist Bloc*" der Antifaschistischen Aktion/BO besorgen oder folgende Adresse ansurfen: http://www.nadir.org/nadir/initiativ/perspektive/)

29. Mai 1999

Beginn des Gegengipfels (Bisher sind auf diesem Alternativtreffen folgende Foren geplant: „Alternative Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik", „Bildung", „Frauen", „Umwelt". WelcheR Näheres dazu wissen will, die/der kann sich unter folgenden Adressen an das *Bündnis Köln '99* wenden: Körnerstraße 69, 50823 Köln, Tel (0221) 95200-08, Fax -77; koeln99@gmx.net.)

3. bis 4. Juni 1999

EU-Gipfeltreffen im Kölner Gürzenich

3. Juni 1999

13.00 Uhr, Offenbachplatz: Demonstration „Widerstand gegen das Europa der Herrschenden! - Gegen die EU- und Weltwirtschaftsgipfel 1999!" (Auf dieser Demo wird es einen Frauen-Lesben-Block geben!)

3. bis 6. Juni 1999

Linksradikaler internationaler Anti-EU-Kongreß in Köln (Es wird sieben Foren geben: „Ökonomie", „Antirassismus/Migration", „EU-Imperialismus", „Antifaschismus", „Repression", „Ökologie/Neue Technologien", „Patriarchat/Bevölkerungspolitik". Näheres dazu beim *Linksradikalen Anti-EU-/WWG-Plenum Köln*, Adresse siehe oben.)

3. bis 6. Juni 1999

Internationales FrauenLesben-Camp gegen den Gipfel (Auf der Demo am 03.06. wird es auch einen europaweiten FrauenLesben-Block geben; am 05.06. findet eine FrauenLesben-Demo gegen den Frauenabschiebeknast in Neuss statt. Welche sich dafür interessiert, kann sich an das Frauen-Lesben-Plenum zu den Gipfeln wenden: c/o Infoladen Köln, Ludolf-Camphausen-Straße 36, 50672 Köln, email: infoladen.koeln@link-lev.de [Betreff: Frau Rucola])

12. Juni 1999

Bundesweite Demonstration gegen den Frauen-Abschiebknast in Neuss, 12.00 Uhr, Bahnhof

17. Juni 1999

Beginn des Alternativgipfels zum Weltwirtschaftsgipfel (Auf diesem Gipfel wird es Foren zur Weltwirtschaft, zur Zukunft der Arbeit und zur Umwelt geben; außerdem plant die „Kein Mensch ist illegal"-Bewegung eine Arbeitsgruppe mit dem Titel „Illegalität ist der Gipfel".)

18. bis 20. Juni 1999

Weltwirtschaftsgipfel im Museum Ludwig

18. Juni 1999

Internationaler Aktionstag (An diesem Tag sollen - ähnlich wie bei den Global-Street-Parties im Mai 1998 - kreative, autonom organisierte, global koordinierte Aktionen in den Finanzzentren stattfinden. Kontakt: Reclaim-The-Streets, London, Tel: +44 171 2 81 46 21; http://www.gn.apc.org/rts/; email: rts@gn.apc.org; Diskussionslisten unter: J18discussion@gn.apc.org)

19. Juni 1999

Vormittags dezentrale Aktionen in der Kölner Innenstadt

13.00 Uhr, Neumarkt: Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel (Auch auf dieser Demo wird es einen linksradikalen Block geben.)

300 DemonstrantInnen gegen Burschenschaften - 500 Menschen auf dem Fest für ein neues AZ 150 halbe Hähnchen für die Bullen!?!

Rund 300 Menschen haben am 30. April gegen die reaktionären Heidelberger Burschenschaften und für ein neues Autonomes Zentrum (AZ) in Heidelberg demonstriert. Mit der Aktion *„Zusammen kämpfen - zusammen feiern!“* knüpften die VeranstalterInnen von Autonomer Antifa, AZ und über 20 weiteren antifaschistischen Gruppen an die erfolgreichen Aktionen der Vorjahre an.

Nachdem aufgrund ständiger antifaschistischer Gegenwehr Anfang der 90er Jahre und einer Demonstration 1997 die 100jährige Tradition des burschenschaftlichen „Maiansingens“ seit zwei Jahren gebrochen ist, nutzen seit 1998 linke und linksradikale Gruppen den Vortag des Revolutionären 1. Mai, um in Heidelberg fortschrittliche Standpunkte auf die Straße zu tragen. Der 30. April soll zu einem Tag werden, an dem auf aktuelle tagespolitische Themen aus linker/linksradikaler Sicht eingegangen wird. Den reaktionären Burschenschaften wird dadurch in der Altstadt der Raum genommen, in dem sie bisher ihre nationalistischen, chauvinistischen Inhalte verbreiten konnten. Bis jetzt ist das auch gelungen, und der 30.04. kann jetzt im dritten Jahr als ein Tag erfolgreicher linker und linksradikaler Aktionen verzeichnet werden.

Lügen von Bullen, Stadt und RNZ

Daß mensch den leutseligen Versprechungen von Stadtverwaltung und Bullen im Vorfeld unserer Aktionen nicht trauen kann, das wissen die HeidelbergerInnen mindestens seit der Lügerei der Lügenbaronin, ups... Oberbürgermeisterin Beate Weber in bezug auf „gleichwertigen Ersatz“ für das AZ. In diesem Jahr erdreisteten sich Polizei und VertreterInnen der Stadt sogar, davon zu sprechen, daß die *Burschenschaften „dieses Jahr auf eine öffentliche und organisierte Veranstaltung*“ (RNZ, 30.04.) verzichten würden. *„Die drohende Konfrontation um das Maiansingen der Burschenschaften [konnte] entschärft werden.*“ Fast ganz gelogen, denn die Burschen ließen es sich nicht nehmen, auf dem Schloß zu singen. Nicht öffentlich - nur soweit mensch das Touristenziel Schloß zum reinen Privatraum oder zur Bullenfestung deklariert; nicht organisiert - schlichtweg erstunken und erlogen, denn die Polizei riegelte das Schloß ab 20.00 Uhr mit starken Kräften fast hermetisch ab. Also wußten die Büttel vom Vorhaben der nahezu 60 nächtlichen „Sangeskünstler“ und konnten so den Schutz vor den „wilden Autonomen“ (aus Berlin?) organisieren. Absprachen zwischen Bullen und Faschisten bzw. hier reaktionärem Klüngel sind nichts Neues. Trotzdem gelogen! Daß hingegen Absprachen mit dem AZ nicht unbedingt auf fruchtbaren Boden fallen, war am 30.04. erneut zu sehen. Trotz der Ankündigungen der AZ-Vertreter, die Demonstration werde friedlich verlaufen, wurde die Demo am frühen Abend von einem losen, total unnötigen Polizeispalier begleitet.

Dumm von uns, daß wir uns im allgemeinen Absprachedschungel bei Aktionen in Heidelberg etwas verlaufen haben. Leider ein Resultat des fast schon liebenswürdigen Umgangstons mit Stadt, Presse und Bullen, die sich in den letzten eineinhalb Jahren etabliert hat.

Presse...
... heißt Rhein-Neckar-Zeitung

Das aufpeitschende Monopolblättchen RNZ, das als einflußreicher Teil des Printmediendiskurses zum wiederholten Male die Funktion eines umgangssprachlichen Konstrukteurs sicherheitspolitisch relevanter Be**droh**ungsszenarien übernommen hatte, schrieb am 30.04 von einer „heiße[n] Mainacht", die Heidelberg **droh**e. Wahrscheinlich rechnete die bürgerlich-kapitalistische Gazette, wie schon im Vorfeld der AZ-Demo im Februar, mit 20.000 Autonomen aus der „Hauptstadt", die dann einen Tag später, am 1. Mai - nachdem Heidelberg in Trümmern liegt -, zuerst Bremen und dann Berlin in Schutt und Asche legen.

Die Berichterstattung „danach" war journalistischer Quatsch. Ein bunter Mischmasch aus Polizeibericht, Party-Report und Reality-TV (Notruf - Polizei im Einsatz: Familie Heinz (Hans) Becker ruft Perkeo 100). Aus der Sicht zweier „Hauptakteure" dieses Abends, dem Polizeioberrat Hans Becker und dem Leiter des Amtes für öffentliche (Un)Ordnung, Heiner Bernhard, schrieb ein gewisser Micha Hörnle über den 30.04. (Den Namen sollten wir uns merken!) Neben interessanten Details - Bullen essen wohl gerne halbe Hähnchen - erfährt mensch von der Monopolpresse auch, daß „*es sich* [die Burschenschaft Normannia] *anders überlegt*" hatte und den Abend doch zum Singen nutzen wollte. Nach dem Bericht der RNZ sieht es dann so aus, als hätten Bernhard, Becker und Co. das Ganze erst um halb zwölf erfahren. Angesichts der Polizeipräsenz (wohlgemerkt seit etwa 20.00 Uhr) auf dem Schloß und an den Zufahrtsstraßen und -wegen kann über diese erneute „kleine Flunkerei" wieder nur müde gelächelt werden.

Daß Ordnungsamts-Bernhard an diesem Abend am Marktplatz kein Bier mehr gefunden hat, finden wir gar nicht mal so schlimm, wir hätten gerne auch noch ein oder zwei Bier am Uniplatz getrunken.

Aus der Sicht der AktivistInnen von Autonomer Antifa und Autonomem Zentrum war der Abend, also Demonstration und Straßenfest auf dem Uniplatz (in der Nähe der Hauptstraße), trotz allen nervigen Nebensächlichkeiten, wie provokatives Bullenspalier und frühes Ende der Fete, ein Erfolg, auch wenn die Party am Uniplatz durchaus länger hätte dauern dürfen und die Burschen von Normannia doch zu ihrem jährlichen Singsang kamen.

Sei's drum... See you next year!

Dennoch ein Appell an alle für nächstes Jahr: Seid unberechenbar! Machen wir den „*erste*[n] *Feiertag im Frühling*" zu einem „*Freibrief für ungesetzliches Benehmen*" (RNZ, 30.04.)!?!

Autonomes Redaktionskollektiv

Die Bilanz des Abends

- extra zusammengestellt für den CDU-Finanzexperten Werner Pfisterer:
30 Bullen ordnen 7.000 ThingstättenbesucherInnen - 150 Bullen bewachen 350 linke DemonstrantInnen;
im Verhältnis heißt das:
Thingstätte - 0,3 Beamte auf 70 Feiernde,
Demonstration - 30 Beamte auf 70 DemonstrantInnen;
bei 7.000 TeilnehmerInnen auf der Demo wären das 3.000 Beamte gewesen;
bei 1.000 DM pro Bulle also 3 Millionen DM, Herr Pfisterer!

Zur Demonstration „Weg mit dem Naziladen! - *Den rechten Vormarsch stoppen!*“ in Heidenheim an der Brenz

Am 10. April 1999 haben in Heidenheim an der Brenz mehr als 400 AntifaschistInnen gegen den dortigen Naziladen *„Paddys Military Shop“* demonstriert. Zu dieser Demo (unter den Mottos „Weg mit dem Naziladen!“, „Den rechten Vormarsch stoppen“ und „Den antifaschistischen Widerstand organisieren“) hatten mehr als 40 Gruppen/Organisationen/Parteien aus dem süddeutschen Raum aufgerufen.

Seit ca. zwei Jahren wird „*Paddys Military Shop*“, in dem es „*neben Waffen ... auch Reichskriegsflaggen und Kleidung ehemaliger KZ-Häftlinge sowie Artikel aus dem nationalistischen »Donner-Versand« ... zu kaufen* [gibt]“ (aus dem zur Demo mobilisierenden *Antifa Offensive 99*-Flugblatt „**Weg mit dem Naziladen!** - *Den rechten Vormarsch stoppen!*“), von **Jürgen Boer** betrieben. Er ist Leiter der **FVB**-Ortsgruppe Heidenheim. Der FVB, der Freiheitliche Volks Block, wurde nach dem Verbot der Heimattreuen Vereinigung Deutschlands (HVD) im Januar 1994 gegründet. Die HVD, die sich zu Adolf Hitler und den wesentlichen Grundlagen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei bekannte, wurde 1988 von den ehemaligen FAP-Funktionären Dirk Plankenhorn, Andreas Rossiar sowie anderen, teilweise beim *Titan-Sicherheitsdienst* beschäftigten Nazis ins Leben gerufen. Sie wuchs schnell zur größten neofaschistisch-militanten Kaderorganisation Baden-Württembergs heran, die mit geschichtsrevisionistischen Positionen, einem unverhohlenen Militarismus und aggressiver Fremdenfeindlichkeit an die Öffentlichkeit trat. Auf ihr „Konto“ gingen in der Folgezeit mehrere Angriffe auf Flüchtlingsheime, Schändungen von KZ-Gedenkstätten/jüdischen Friedhöfen (u. a. in Überlingen und Birnau) sowie „Wehrsportübungen“ in Frankreich (mit der Heimattreuen Vereinigung Elsaß [HVE]) und Dänemark.

„*Im November 1992 werfen Teilnehmer eines Informationsabends der HVD in* **Heidenheim** *Fenster eines nahegelegenen Flüchtlingsheimes ein.*“ (Jens Mecklenburg [Hrsg.]: **Handbuch Deutscher Rechtsextremismus**, Berlin: Elefanten Press, 1996, Seite 272)

Am 08.07.1993 wird die HVD, die unter ihrem „Dach“ einige militante junge NeofaschistInnen vereinigen konnte und gute Kontakte zur ebenfalls verbotenen Wiking Jugend unterhielt, aufgrund einer „nicht tragbaren“ Anzahl von sogenannten „Propagandadelikten“ vom (rechtskonservativen) Innenministerium Baden-Württemberg verboten - um einige Monate später in einer neugegründeten Organisation namens FVB „aufzugehen“. Mit von der Gründungspartie waren selbstverständlich nahezu alle Mitbegründer bzw. Mitglieder der HVD (u. a. Dirk Plankenhorn und Konrad Petraschek [Bundesvorsitzender]).

„*Der FVB, der sich selbst als »zeitgemäße SS« bezeichnet, hatte seinen ersten großen Auftritt bei einer Demonstration gegen die Ausstellung »***Vernichtungskrieg**«. Verbrechen der Wehr-

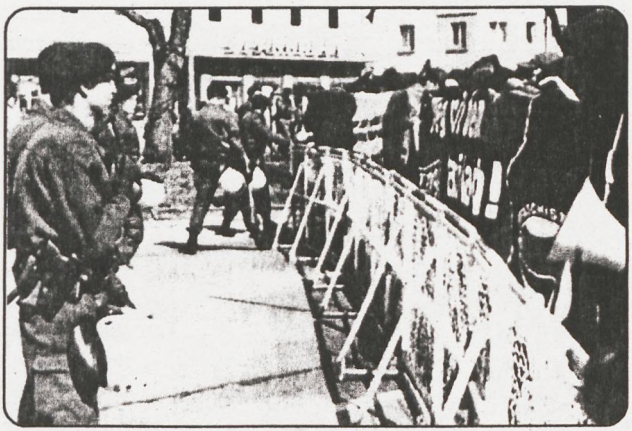
macht von 1941-1944« *am 01.03.1997 in München, auf der ca. 100 FVBlerInnen - teilweise uniformiert - in eigenen Blöcken mit marschierten. (...) Innerhalb der FVB-Blöcke lief der in Niederstotzigen* [bei Heidenheim, Anm. d. Red.] *wohnende Jürgen Boer als Ordner mit.*" (aus dem Flugblatt „**Weg mit dem Naziladen!** - *Den rechten Vormarsch stoppen,* a.a.O.)

Um Jungfaschisten an sich binden und nationalsozialistisch schulen zu können, betreibt nun eben dieser Jürgen Boer in Heidenheim einen als Military-Shop „getarnten" Laden, in dem sich das deutsch gesinnte Publikum frei treffen kann, um Angriffe auf alles als „nicht-deutsch" Definierte planen und ausführen zu können. Pächter dieses Ladens ist bezeichnenderweise Dirk Plankenhorn.

„Plankenhorn besitzt außerdem einen Versand in Pfullingen (»In- und Outdoor Pladi Versand«) sowie einen weiteren Military-Laden in Balingen (»Rüsthaus«). Er ist unter anderem wegen illegalen Waffenbesitzes und der Fortführung der verbotenen Aktionsfront Nationaler Kameraden/Nationale Aktivisten (ANS/NA) vorbestraft. Außerdem war er Leiter einer FAP-Kameradschaft der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) und Mitglied in der Nazigruppe »United German Warriors - Vereinigte Deutsche Kämpfer«. [...] Plankenhorn ... soll beim [rassistisch motivierten] *Titan-Sicherheitsdienst* beschäftigt sein, [dessen] Einsatzbereich [sich] neben mehreren Discos in Reutlingen auch über die Schwäbische Alb bis in den Schwarzwald erstreckt. (...) Für den Sicherheitsdienst sollen Leute aus Heidenheim, Ulm, Nürnberg und Göppingen angeworben werden. In exakt diesen Städten hatte die HVD früher ihre Stützpunkte und ist der FVB heute aktiv." (ebd.)

Die Demo in Heidenheim, einem 50.000 Seelen-Städtchen auf der schwäbischen Ostalb, sollte unter Beweis stellen, daß es auch in der sogenannten Provinz, quasi im politischen „Hinterland", möglich ist, neonazistische Infrastrukturen effektiv anzugreifen. Das ist ihr durchaus gelungen. Klar muß aber sein, daß ein großes Polizeiaufgebot mit Absperrgittern verhinderte, daß der Naziladen, um dessen Schließung es den anwesenden AntifaschistInnen ging, *während* der Ansammlung mehrerer Hundert Menschen gestürmt - und dadurch „nur" ein Zeichen für zukünftige Gegenmaßnahmen gesetzt werden konnte. Wir hoffen, daß die von dieser Demo ausgehende Handlungsanweisung so deutlich war, daß wir bald - wie in den Fällen „*Hehls World*" und „*Café Germania*" - davon berichten können, daß „*Paddy's Military Shop*" aufgrund vehementen antifaschistischen Widerstands schließen *mußte*. Gerade in Heidenheim, einer Stadt, in der 1998 bei der Bundestagswahl „*mehr als 11.000 Frauen und Männer ihre Stimmen rechtsradikalen Parteien von den Republikanern bis hin zur NPD*" (ebd.) gegeben haben, ist es wichtig, daß dem Aufbau faschistischer Infrastrukturen frühestmöglich effektiver Widerstand entgegengesetzt wird. Eine Demo, wie es sie in so einer Stadt schon lange nicht mehr gegeben hat, ist auf jeden Fall ein Schritt in die richtige Richtung. Bleibt zu hoffen, daß sie Aktionen nach sich zieht, die endgültig zum Aus für „*Paddys Military Shop*" führen.

Autonomes Redaktionskollektiv



— *zentren häuser wagenplätze* —

Von A bis Z

Demo für Autonome Zentren und Wagenplätze in Köln

JedeR von uns hat doch irgendeinen Traum! Wir haben uns Räume genommen, um unsere Träume darin zu leben! Diese Träume sind keine Utopien, sondern die humane Alternative zum vorherrschenden Alltag. Scheinbar ist es in dieser Stadt und in diesem Staat nur möglich, seinen Alltag zu genießen, wenn man viel Geld dafür bezahlt. Wir denken und haben auch schon gezeigt, daß es auch anders möglich ist, denn das, was uns in anderen Städten vorgelebt wurde (AZ Mühlheim, AZ Aachen, AZ Berlin usw.), versuchen auch wir zu realisieren. Wir haben es satt, nicht ernst genommen zu werden! Wir haben es satt, unsere individuellen Überzeugungen und Interessen nicht ausleben zu können! In Köln gab es seit dem Herbst 1998 die neuesten Versuche, ein AZ zu gründen. Das von uns besetzte Eichamt wurde bereits nach fünf Tagen geräumt.

Die Stadt verweigerte jegliche Diskussion. Nach den folgenden Aktionen: Open Air Konzert, mobiles AZ und einer Reclaim the Streets Party, wurde das seit über einem Jahr leerstehende ehemalige Amt für Stadtentwässerung in der Luxemburger Straße 93 zum Autonomen Zentrum gemacht. Wir fanden dieses Gelände besonders gut für unsere Zwecke geeignet. Die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, die das Gelände einer kommerziellen Nutzung zuführen sollte, verweigerte jegliche Gespräche unter dem Druck der Besetzung und forderte uns, durch die zuständige Sachbearbeiterin Frau Heukrodt, umgehend auf, das Gebäude zu verlassen. Wir dagegen zeigten Gesprächs- sowie Verhandlungsbereitschaft, indem wir mit möglichst vielen VerhandlungspartnerInnen Kontakt aufnahmen, um denen unser Nutzungskonzept vorzustellen. Auch bei der Stadt Köln. Leider konnten wir keine dauerhaften Lösungen umsetzen, und freiwillig wollten wir uns nicht von dem von uns selbstverwalteten Zentrum lösen, daher wurden wir nach drei Wochen geräumt. Bei dieser Räumung wurden 16 der BesetzerInnen vorläufig festgenommen.

Gegen sie läuft nun ein Ermittlungsverfahren. Zudem hält es die Presse nicht für nötig, objektiv über die Besetzung zu berichten, sondern unterstützte durch Verschweigen und Verzerren von Tatsachen die Haltung der Stadt Köln uns gegenüber. Fenster und Türen wurden nach der Räumung zugemauert. Wie auch beim AZ Eichamt, beauftragte die Stadt einen Sicherheitsdienst (ISS), der das Gebäude nun Tag und Nacht bewacht. Es stellte sich jedoch daraus, daß die Stadt Köln, entgegen der Presseberichte, in diesem Jahr das Haus nicht mehr nutzen wird. Wir versuchten wieder zu verhandeln. Diesmal mit dem Herrn von der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, die uns mit leeren Versprechungen hinzuhalten versuchte. Während der Zeit der Besetzung gab es große Resonanz auf die von uns verwirklichten Angebote, wie Kneipen, Cafés, Konzerte, Discos, Kinos, Vokü, Wohnen, Platz für Sprayer, Platz für Skater, Platz für Bauwagen usw.

Copy-Corner

Merianstr. 5
direkt in der Altstadt

Öffnungszeiten:

Mo - Fr 9.00 - 18.30
Do bis 20.00
Sa 9.00 - 14.00

Tel. 2 57 00

zentren häuser wagenplätze

Wie man sieht, steht die Stadt Köln alternativen Lebensformen äußerst intolerant gegenüber und versucht, unser Recht auf selbstbestimmtes Leben zu unterdrücken und in einen illegalen Rahmen zu stecken. Dabei würde ein selbstverwaltetes Zentrum, in dem jeder mitmachen kann, eine kulturelle Erweiterung bedeuten. Aber es ist so, daß wir der Stadt ein Dorn im Auge sind und deshalb aus dem Weg geschafft werden sollen, weil wir nicht in das Bild des konsumstarken Bürgers passen und unser individuelles Handeln und Denken nicht den Vorstellungen der ‚Geldmacher' und der politisch Mächtigen dieser Stadt und dieses Landes entspricht. Da wird dann einfach behauptet, es gebe keinen Ort für uns. Doch so viele Häuser stehen leer. Wir lassen uns aber nicht ignorieren und nicht kontrollieren!

- wir wollen Räume für neue Lebensformen in Wohngemeinschaften und Bauwagen!
- wir wollen bezahlbare Proberäume und Auftrittsmöglichkeiten für Musikerinnen!
- wir wollen die Luxemburger Straße zurück!

Luxemburger ist unser!

Demo für autonome Zentren und Wagenplätze in Köln am 27.03.99

Durch die letzte Räumung der Autonomen Zentren in Köln wurde uns, wie so oft, die Möglichkeit genommen, unseren Alltag in dieser Stadt selbst und nach unseren Vorstellungen zu gestalten und zu leben.

Mit dieser lautstarken Demonstration, an der etwa 250 Menschen teilnahmen, wollten wir unserer Forderung für ein Autonomes Zentrum Nachdruck verleihen. Wir, die AZ-Gruppe, besteht seit dem Sommer 98 und haben uns zum Ziel gesetzt, freie Räume in Köln zurück zu erobern. Hier können alle mitmachen, die Lust und vor allem Ideen haben, die verwirklicht werden sollten.

Freiräume - das heißt für uns Orte, an denen wir unkommerzielle Konzerte, Kneipen, Cafés, Proberäume, Volksküchen, Infoabende, Gruppenräume, politische Veranstaltungen, Theater, Sport, Kino ... und das, was dir selber noch einfällt, einrichten können.

Die hohen BesucherInnenzahlen im AZ Luxemburger Straße haben gezeigt, daß solch ein Raum von vielen Menschen erwünscht und verlangt wird. Nicht nur hier, sondern in allen anderen Städten auch.

Deswegen fordern wir das Autonome Zentrum in der Luxemburger Straße zurück!

Wir fordern die sofortige Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen die BesetzerInnen des Autonomen Zentrums in der Luxemburger Straße.

Wenn auch du der Meinung bist, daß Köln ein Autonomes Zentrum braucht, dann sehen wir uns bald bei lecker Essen und lecker Bierchen im AZ Info-Café wieder.

AZ Info-Café
Jeden 2. Montag im Monat
im LC um 19.30 Uhr
Ludolf-Camphausen-Straße 36
U-Bahn: Bhf West/Hans-Böckler-Platz

Stellungnahme der „extremen Mitte"!

Leserbrief zur *Sabo*-Stellungnahme „Schluß mit der NATO-Kriegspolitik"

»Nicht allein die groß-albanische Propaganda der UCK, auch Milosevic heizte den Konflikt an, indem er den Mythos vom 'heiligen serbischen Boden', dem Amselfeld als 'Wiege der serbischen Kultur' wiederbelebte. Ganz zu schweigen von der spätestens seit 1998 in Gang gesetzten Zerstörung der Lebensgrundlagen Zehntausender von Menschen, den Vertreibungen ganzer Dorfbevölkerungen. »Diese Tatsachen kleiner zu machen«, schreibt die autonome Gruppe LUPUS in ihrem neuesten Papier, »weil wir deren Instrumentalisierung ohnmächtig ausgeliefert sind, wäre politisch untragbar.«" (Markus Bickel: „Die Linke und der deutsche Krieg", in Jungle World, **14.4.99, S. 5)**

Diese Tatsachen kleiner zu machen, ist aber das eindeutige Programm und Ziel aller politischen Bündnistaktik der Heidelberger Antiimps und ihres Anhangs in der gegenwärtigen kontroversen Auseinandersetzung mit antimilitaristisch-anarchistisch-antinationalistischen Gruppen in Heidelberg, zu denen ich mich zähle. Durch den Abdruck kritischer Papiere aus letzterem Spektrum bezieht die *Sabo* scheinbar Position. Ich muß allerdings sagen, daß einige Sätze in der Stellungnahme diesem vordergründigen Eindruck zuwiderlaufen. So möchte ich insbesondere zu einigen Vorwürfen gegen Inhalte und das Vorgehen des antimilitaristisch-anarchistischen Spektrums Heidelbergs Stellung beziehen und noch einige Worte über den absurden, im ganzen Bundesgebiet mit einigen wenigen Ausnahmen wahrscheinlich einzigartigen Bündnisansatz der Heidelberger Antiimps verlieren und ernsthaft die Frage aufwerfen, warum die *Sabo* ... so herumeiert und diese Antiimps nicht einfach rechts liegen läßt.

Zunächst, und um jedes Mißverständnis zu vermeiden: ich bin leidenschaftlich gegen den NATO- und Bundeswehr-Bomben- und Propagandakrieg und bekämpfe ihn dieser Tage mit all meiner Kraft und so gut ich kann. Schlimm genug, daß man in diesen Tagen das auch noch betonen muß.

Aber, und hier zitiere ich bewußt einen umstrittenen Satz aus der Presseerklärung der Gewaltfreien Aktion zur Trennung von den Antiimps und serbisch-nationalistischen Gruppen am Zeitungsleser: Ich bin nicht bereit, meinen Widerstand „auf einem Berg von Leichen" zu begründen, d. h. unreflektiert und ohne Protest einfach ein Bündnis mit proserbischen Regierungspositionen einzugehen - und letzteres ist eben die Position der Heidelberger Antiimps und vieler serbisch-nationalistischer Gruppen. Ja, mit diesem „Berg von Leichen" ist tatsächlich ein Berg ermordeter und vertriebener Kosovo-AlbanerInnen gemeint, und die Täter sind im Kosovo ja leider nicht nur serbische Milizen, die jugoslawische Armee, sondern auch Teile der serbischen Minderheit, die sich zum Beispiel in Pristina zuerst bewaffneten und Razzien durchführten, noch bevor die Milizen überhaupt zur Tat schritten. Daß die Gewalt in dieser Situation im Kosovo von nationalistischen SerbInnen ausgeht und alle nationalistischen SerbInnen diese Gewalt zu verantworten haben, hat selbstverständlich mit der banalen Tatsache zu tun, daß die jugoslawische Armee im Kosovo derzeit in der Offensive steht. Daß die UCK andersherum bei einer Offensive mit SerbInnen wahrscheinlich genauso umspringen würde wie die KroatInnen 1995 mit den SerbInnen von Knin, tut zur Einschätzung der gegenwärtigen Realität nichts zur Sache. Dagegen kämpfen wir schließlich jetzt schon, wenn wir die NATO bekämpfen und damit deren Option auf Bodentruppen und/oder Bewaffnung der UCK.

Von antimilitaristischen und antinationalistischen Oppositionellen in Serbien bekommen wir seit Tagen Hinweise darauf, daß die NATO-Bomben auch die serbisch-nationalistische Oppositi-

on auf Milosevic-Kurs trimmen, daß der serbische Nationalismus zusammengeschweißt wird und sehr weitgehend die Kosovo-Vertreibungen unterstützt; aktiv oder passiv. Selbstverständlich wird das durch die NATO-Bomben zum großen Teil mitbewirkt, aber es geht beim besten Willen nicht darin auf. Wer im Widerstand gegen Bundeswehr und NATO diesen „Berg von Leichen" (und diese Begrifflichkeit halte ich der Dimension allerdings angemessen, ohne gleich von „KZ" oder „Auschwitz" zu reden, wie das Fischer & Konsorten machen) nicht thematisiert, verharmlost - ja deren Erwähnung in einer Bündniskonstellation nicht einmal toleriert, geradezu abwürgt, niederschreit, bekämpft, das ist ja unser Hauptvorwurf an die Heidelberger Antiimps -, der/die watet meines Erachtens tatsächlich im Blut und hat sich vor allem anderen einmal selbst damit auseinanderzusetzen, zur Unterstützung welcher Verbrechen man/frau eigentlich selber fähig ist! Selbstverständlich ist das eine ethisch-moralische Frage, zu der ... die *Sabo* wohl aus ihrer autonomen Tradition her am wenigsten einen realen Zugang hat, und bei der sie anstatt Sensibilität dafür immer zuerst Verdächtigungen entwickelt. Aber das ist euer Problem. Für mich ist es eben selbstverständlich, daß man/frau das Humanitätsgedusel der ganzen Herrschenden dadurch bekämpft, daß man/frau selbst am konsequentesten und klarsten eigene ethisch-moralische Maßstäbe im Widerstand vertritt. Mit eurer letztlich um diese Positionierung herumeiernden Position setzt ihr euch für eine Bündniskonstellation mit den Heidelberger Antiimps ein, in welcher die NATO- und Bundeswehr-GegnerInnenschaft strukturell derselbe kleinste gemeinsame Nenner ist, wie er das für die DKP in den 80er Jahren bei der Friedensbewegung mit der GegnerInnenschaft zu den NATO-Atomraketen war. Und war nicht eine große Lehre aus dieser Friedensbewegung, daß nationalistische Positionen, von wem auch immer, nicht mehr geduldet werden sollen? Macht es euch nichts aus, daß serbische NationalistInnen genauso zu einer Kundgebung von Rechtsaußen Mechtersheimer gehen (das ist jetzt bereits vorgekommen) wie sie zu einer Kundgebung der Heidelberger Antiimps gehen würden? ... Die *Sabo* bewegt sich in der Mitte zwischen radikalen AntimilitaristInnen und den Heidelberger Antiimps, die ich allerdings nicht mehr zur Linken rechnen kann (dazu später noch mehr). Und diese Positionierung in der Mitte ist tatsächlich „extrem" - extrem daneben nämlich!

Und deswegen ist es ganz falsch, wie die *Sabo* schreibt, wenn wir uns auf der Straße mit serbischen NationalistInnen auseinandersetzen, die sich unseren Demos anschließen, einfach nur den Dialog „mit ihnen" zu suchen - sondern wir müssen sie selbstverständlich und mindestens auch mit ihren nationalistischen Positionen konfrontieren (u. a. auch im Dialog selbstverständlich). Das ist bei unserer Protestkundgebung drei Tage lang (am ersten Tag, 24.3., waren nur Leute aus GA und AJA am Zeitungsleser, am zweiten kamen die Heidelberger Antiimps dazu, erst ab dem Freitag kamen SerbInnen dazu, darunter ein Großteil nationalistisch, am Sonntag war der Bruch) geschehen, eher zu lang als zu kurz, und mit negativem Ergebnis, bis wir es nicht mehr aushielten. Der Bruch fand erst nach drei Tagen Dialog (!) statt. Und wenn die *Sabo* schreibt, daß bei den darauffolgenden Demos „erfreulicherweise keine serbischen Nationalsymboliken zu sehen und keine rassistischen oder sexistischen Parolen zu hören" waren, dann ist das ein Ergebnis gerade des Bruchs, der Konfrontation mit unseren Positionen - und eben nicht des netten, folgenlosen Dialogs, wie ihn die *Sabo* vorschlägt! Ich darf euch versichern, daß ich seit mehr als zehn Jahren im „Dialog" mit AktivistInnen aus Ex-Jugoslawien stehe, daß ich ganz am Anfang des Krieges mit slowenischen Antimilitaristen leidenschaftlich gegen ihr katastrophales Konzept eines „nationalen Pazifismus" diskutiert habe, von dem dann nicht mehr der Pazifismus, sondern nur noch die Nation Slowenien übrig blieb, mit der alle Nationalstaaterei überhaupt begann. Was die heutige Situation anbetrifft, bin ich durchaus bereit, zu differenzieren und respektiere auch zunächst Motive serbischen Protests wie die Sorge um „Heimat" und Verwandtschaft. Aber gerade im Protest kann diese

leserInnenbriefe

Position nicht alles sein und früher oder später wird eine politische Verortung, wird die Beantwortung der Frage, wie stehe ich zur Vertreibung, notwendig und entscheidend für ein gemeinsames Vorgehen im Widerstand gegen NATO und Bundeswehr. Und ich möchte doch erwähnen, daß auch bei unserer Kundgebung am Anatomieplatz eine serbische Oppositionelle wie selbstverständlich eine Rede gehalten hat.

Im übrigen wären die serbischen NationalistInnen auch ganz ohne deutsche ProtestiererInnen auf die Straße gegangen - und selbstverständlich völlig legitimerweise. Oftmals sind sie das auch und haben keineswegs auf deutsche BündnispartnerInnen gewartet. In Stuttgart und in München gab es vor und an den Ostermarschtagen getrennte Demos zu gleicher Zeit von serbischen NationalistInnen einerseits und den kleinen Resten Friedensbewegter andererseits, die jetzt endlich wieder auf die Straße gehen. Und niemand dort hat sich aufgeregt, von „Spaltung" gesprochen oder die Bündniseinheit verletzt gesehen. Das ist schon eine Heidelberger Besonderheit (...), die ohne die Heidelberger Antiimps gar nicht denkbar wäre. Ich bin mir auch durchaus nicht sicher, ob es besser ist, von serbischen NationalistInnen Bedingungen zu verlangen, denn das Nicht-Erwünschtsein von nationalistischen Symbolen und sexistisch-antisemitischen Parolen ist eine Bedingung, die ganz sicher nicht dem gegenwärtigen Bewußtseinsstand der serbischen NationalistInnen entspricht und die sie oft nur aus taktischen oder vergleichbaren Gründen mitmachen, aber wohl meist als erzwungen, aufgedrängt, nicht selbst bestimmt erleben. Oder ob es nicht wirklich besser wäre, wenn sie darstellten und sagten, was sie wollten - aber dann mit eigener Kundgebung und ohne uns - für deren rechtliche Möglichkeit ich mich übrigens jederzeit einsetzen würde.

Wer das auch nur irgendwie als „Spaltung" oder Auslieferung serbischer Menschen an die Willkür der kriegführenden bundesdeutschen Behörden interpretiert, geht der Strategie der Antiimps und deren banalem Einheitsfrontmythos, der darauf basiert, die Tatsachen der Vertreibung zu negieren, auf den Leim. Die Selbstverständlichkeit, daß, wer sich konsequent gegen NATO- und Bundeswehr-Krieg ausspricht, deswegen überhaupt nicht dazu gezwungen ist, den Staat Jugoslawien zu verteidigen, sondern sich ebenso gut mit der feministischen, antimilitaristischen und antinationalistischen Opposition dort, die ebenso gegen den NATO-Krieg ist, solidarisieren kann, ist eben leider in Heidelberg keineswegs selbstverständlich.

Und so muß ich leider auch einige eurer Kritikpunkte auffassen, die nichts als antiimperialistische Versatzstücke sind, deren totale Absurdität ich hier jetzt mal aufzeigen will:

Zunächst mal zum antiimp-typischen Vorwurf, unsere Kritik sei von einem von „metropolenzentristischen 'deutschen' Privileglinken erarbeitete(n) PC-Raster" (*Sabo* - zum weiteren Dummspruch bis hin zu Veganismus und Ökoläden als Bedingung für Solidarität äußere ich mich hier nicht) durchsetzt. Zunächst mal ficht mich das gar nicht an: ich habe inzwischen oft genug für soziale Bewegungen und ihre Ziele mein Leben im wahrsten Sinne des Wortes aufs Spiel gesetzt (...), ich maße mir tatsächlich jedes Recht an, gleichberechtigt mit jedem und jeder DrittweltrevolutionärIn mitzudiskutieren und ihr/ihm gegenüber meine Kritik zu äußern. Daß ich in einem Metropolenland geboren bin, dafür kann ich nichts. Aber es ist durchaus nicht nötig, sich erst dadurch qualifizieren zu müssen, daß man/frau auch schon mal sein/ihr Leben riskiert hat: was ist das denn überhaupt für ein verkappter linker Heroismus, der da als Eintrittskarte für kritischen Diskurs unter Linken verlangt wird? Hä? Hat denn nicht jedes Individuum überhaupt das Recht, seine/ihre Meinung dazu zu äußern und damit zumindest ernstgenommen zu werden? Macht das nicht Individualität überhaupt aus? Hinter diesem ganzen Metropolenzentrismus-Vorwurf steckt allzu offenkundig die Strategie, unerwünschte Stimmen unterdrücken zu wollen.

Aber wie steht's denn jetzt konkret an diesem Kriegsbeispiel mit dem Metropolenzentrismus?

Wer ist denn jetzt Metropole und wer Dritte Welt? Zunächst mal ist der Krieg ja in Europa, oder nicht? Gut, NATO und Bundeswehr sind selbstverständlich Metropole und unsere Aufgabe ist auch, in direkten Aktionen und als Leute, die in beteiligten Ländern leben, die eigene Beteiligung zuerst zu bekämpfen. Das machen wir - und ich möchte fast sagen, konsequenter als andere - u. a. auch mit den direkten Aktionen gegen die Abflugbasen der Bomber in Spangdalem oder Brüggen usw. Wie sieht's in Jugoslawien aus? Serbien wurde vom westlichen Kapitalismus heruntergewirtschaftet und ökonomisch abgehängt. Die NATO-Bomben jetzt zerstören jede wirtschaftliche Infrastruktur auf Jahre hinaus. Aber wie sieht's mit dem Kosovo aus? Das ist doch noch ärmer als Serbien. Die jugoslawische Umverteilungspolitik hat in den 80er und 90er Jahren wiederum innerjugoslawisch den Kosovo ökonomisch abgehängt: im Vergleich zu Pristina ist eben Belgrad die jugoslawische Metropole! Seht ihr jetzt, wie blöd und rein propagandistisch dieses ganze Metropolenprivilegsgefasel ist!? Wenn man/frau das im Jugoslawien-Krieg wirklich konsequent zu Ende denkt, könnten die Kosovo-AlbanerInnen mit allem Recht behaupten, daß sie eben hier die „Dritte Welt" sind, das letzte Glied der Kette. Also, wenn schon, denn schon!

Und jetzt gleich weiter zu den absolut albernen Absurditäten unserer Heidelberger Antiimps: während sie immer die ersten waren, die nationale Befreiungsbewegungen, Separatismen noch und nöcher, IRA, ETA, PKK, PLO usw. usf. unterstützt haben, während sie die ersten waren, die uns gewaltfreie AnarchistInnen daran erinnerten, daß, wenn wir die bewaffnete Politik dieser Guerillas schon kritisierten, uns doch bitte nicht des Tones der staatlichen Herrschaften befleißigen sollten und die Guerilla mindestens nicht „TerroristInnen" nennen sollten, um die soziale Verankerung der Guerilla mit zu berücksichtigen, während wir uns an diese richtige Mahnung auch immer gehalten haben - haben sie, die Heidelberger Antiimps, nun überhaupt keine Hemmungen, der UCK schon die Bezeichnung Guerilla abzusprechen und sie im besten staatlich-jugoslawischen Ton als „Terroristen", nützliche Idioten abzuqualifizieren. Damit hier keine Mißverständnisse aufkommen, ich kritisiere die bewaffnete Politik der UCK wie die jeder nationalistischen bewaffneten Befreiungsbewegung auch, und das vor allem auch aufgrund der den Bürgerkrieg seit zehn Jahren verhindernden gewaltfreien Politik Rugovas (an der ich im Detail auch viel auszusetzen habe, führt aber zu weit hier) - aber ich bin einfach nicht bereit, jetzt aus lauter Opportunitätsgründen die UCK einfach als Terrorbande, als vom Westen bezahlte Killer usw. usf. zu bezeichnen, ganz abgesehen davon, daß die UCK inzwischen - leider, leider - auch einigen Rückhalt in der kosovo-albanischen Bevölkerung hat. Ich hätte mir nie träumen lassen, daß ich als Gewaltfreier auch noch einmal für eine differenzierte Bewertung einer Guerilla gegen die Heidelberger Antiimps auftreten muß, aber die Absurditäten dieser ganzen Bündniskonstellation machen anscheinend selbst davor nicht halt.

Die Heidelberger Antiimps verteilen Dossiers über die UCK-Finanzierung durch CIA, deutschen Nachrichtendienst, über Drogenhandel und was weiß ich noch - ist ja alles auch richtig, und selbstverständlich ist die NATO-Unterstützung der UCK eine Realität, so wie es auch aus militärischer Schwäche heraus eine Realität der UCK von Anfang an war, durch Attacken auf serbische Polizisten die NATO zum Eingreifen zu bewegen. Aber stellt euch doch denselben Sachverhalt einmal in einem lateinamerikanischen Land vor: die innerstaatliche Polizei ist verhaßt, weil sie in einer Region wie die Besatzungsarmee des Regimes verstanden wird. Welche lateinamerikanische Guerilla hat denn in solchen Konstellationen keine Angriffe auf innerstaatliche Polizeieinheiten als Symbole der Herrschaft des Regimes verübt? Der einzige Unterschied ist wirklich die Interessenidentität mit der NATO - aber für mich ist die UCK insgesamt eine Guerilla wie jede andere auch. Und was die Antiimps selbstverständlich nicht verbreiten: wißt ihr eigentlich, daß sich folgende Untergrundorganisationen im Kosovo an der UCK beteiligt haben oder in ihr aufgegan-

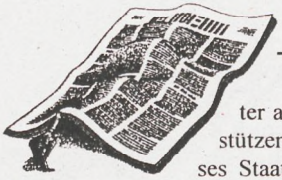
gen sind: die „Revolutionäre Bewegung für die vereinigten Albaner“ (LRSH), die „Revolutionäre Gruppe Kosovas“ (GRK), die „Marxistisch-leninistische Organisation Kosovas“ (OMLK), die „Kommunistische Gruppe Kosovas“ (GKK), die „Albanische Revolutionäre Organisation“ (ORSH), die „Albanische Revolutionäre Partei“ (PRSH), die „Kommunistische marxistisch-leninistische Partei der Albaner in Jugoslawien“ (PKMLSHJ) und die „Rote Volksfront“ (FKB) (alles nach FR, Ostern 99, S.8). Ich kenne diese Gruppen nicht näher, alle ML-Gruppen vertreten soziale Inhalte auf maoistische Art in Anlehnung an Enver Hoxha, dem früheren albanischen Regime. Aber es ist doch interessant, daß von den 12 Untergrundgruppen im Kosovo, die in die UCK Eingang gefunden haben oder in ihr aufgegangen sind, diese 8, also zwei Drittel, sich selbst entweder irgendwie autoritär-links oder gar „revolutionär“ bezeichnen. Gibt euch das nicht zu denkén? Ich glaube, die ETA, die IRA und auch die PKK müssen sich anstrengen, bis sie so viele linke und revolutionär sich nennende Unterorganisationen aufbieten können. Es gibt überhaupt keinen Grund anzunehmen, daß diese Guerilla sich nicht für soziale Inhalte engagieren sollte. Aber ich weiß selbstverständlich, daß die nationalen Inhalte auch hier - wie bei jeder nationalen Befreiungsorganisation - früher oder später die sozialen Inhalte erschlagen werden.

Es ist doch absurd, daß die Heidelberger Antiimps ausgerechnet diese Guerilla als Terrorbande diffamieren, während sie sonst alle möglichen nationalen oder reaktionären Guerillas jahrzehntelang unterstützt hat (etwa auch die IRA, die schon seit Jahren keinen einzigen sozialistischen Inhalt mehr vertritt). Das ist alles so lächerlich, so wahnwitzig. Und das einzig wirklich Bedrückende, das einzige, was mich letztlich fertig und auch verzweifelt macht, ist, daß ihr solche absurden Positionen ernsthaft diskutiert und übernehmt, sie in eurer teilweisen Kritik auch noch gegen uns wendet. Was steckt da dahinter? Die alte Einheitsfrontvorstellung, eher unbewußt als bewußt? Ein Heidelberger Harmoniemythos - man/frau kennt sich schon lange, also kommen alle mit allen aus, also respektieren sich alle? Ich muß sagen, das hab ich auch mal gehofft - bis jetzt, bis ich erleben mußte, wozu einige Heidelberger Antiimps fähig sind, und daß sie letztlich von den anderen trotz gelegentlicher Ermahnungen immer wieder gedeckt werden. Wir haben bereits Drohungen aus der Antiimp-Ecke bekommen, die sich nur als körperliche Bedrohungen interpretieren lassen: „Wenn ihr das noch mal macht, werden wir anders mit euch umspringen!“, hieß es mal direkt gegen uns gerichtet. ... Was heißt denn „anders“??? Wie sollen wir das denn anders verstehen, denn als körperliche Bedrohung???

So, jetzt zum nächsten Vorwurf der *Sabo*, der angeblich „kontraproduktiven“ Presseerklärung, die von „einem bürgerlich-kapitalistischen Hetzblatt wie der Rhein-Neckar-Zeitung (RNZ) ... instrumentalisiert“ werden kann. Also bitte schön: das ist doch heuchlerisch bis dort hinaus. ... Selbstverständlich ist die RNZ ein bürgerliches Hetzblatt, aber es hat sich seit Jahren aufgrund der ... Monopolstellung der RNZ ein Verhalten von Gruppen durchgesetzt, daß man/frau sie trotz aller Gefahren der Falschdarstellung und Instrumentalisierung informiert, auch auf die Gefahr hin, von ihr eine reingesemmelt zu bekommen. Nichts anderes haben wir gemacht. Und, das sei nur nebenbei bemerkt, weil es immer so schnell vergessen wird: am Mittwoch, 24.4., haben wir allein mit den Demos beim Zeitungsleser angefangen, da waren weder die Antiimps noch serbische NationalistInnen da. Als wir am Sonntag gesagt haben, so geht's nicht weiter, hätten wir jedes Recht dazu gehabt, die anderen aufzufordern, sich doch einen anderen Platz zu suchen. Dann hätten sie die Notwendigkeit gehabt, diesen neuen Ort heidelbergweit zu verbreiten. Das haben wir - aufgrund des Bemühens, weiteren Streit zu vermeiden - nicht gemacht. Aber dann haben wir immerhin einen neuen Ort veröffentlichen müssen, und zwar schon für den nächsten Tag (der Krieg ging jeden Tag weiter!), und sind zudem vor dem Problem gestanden, daß die bisherigen fünf Tage Proteste am Zeitungsleser auch eine öffent-

liche Aktion waren, bei der uns auch alte Bekannte aus linken und feministischen Gruppen zum Teil fragten, warum wir denn in einer Reihe mit solchen Leuten und Parolen stehen. Kurz: jede Presseerklärung, die den anderen Ort veröffentlichte, mußte ein Minimum an Begründung für die Trennung nachschieben. Das geht doch gar nicht anders. Würde die *Sabo* jeden Tag erscheinen oder gäbe es mindestens ein Wochen- besser ein anderes Tagesblatt in HD, würden wir nicht auf die RNZ zurückgreifen, aber so macht das doch jede/r. Und jetzt doch mal konkret: den Heidelberger Antiimps geht es doch überhaupt nicht um die RNZ. Sie geben doch selbst alle Presseerklärungen auch an die RNZ weiter. Was ihnen an der ganzen Sache total gestunken hat, war nicht, daß wir einfach an einen anderen Ort gegangen sind, sondern daß wir die Gründe dafür öffentlich gemacht haben. Das ist der Punkt. Und ob wir das über die RNZ oder mittels 1000 Flugblättern vor der Mensa gemacht hätten, das ist ihrem Spaltungsvorwurf herzlich egal. Sie hätten uns so und so als Konterrevolutionäre, Rassisten und was ihnen bei diesen Gelegenheiten noch so an Wohlfeilem einfällt, bezeichnet. Die hätten schon was gefunden, das hat mit der RNZ gar nix zu tun!! Aber wir hatten jedes Recht, die Gründe öffentlich zu machen, nachdem unsere Inhalte und unsere Kritik auf der Kundgebung selber nicht mehr toleriert worden waren, nachdem wir niedergeschrien wurden, das Mega weggerissen worden war. Also laßt doch bitte diesen Kollaborationsvorwurf mit der RNZ. Er ist nicht nur falsch, sondern auch noch peinlich. Ich bin ja bestimmt der letzte, der die RNZ verteidigt, aber ich muß doch sagen, daß ich extra nach Lektüre der *Sabo* noch mal den RNZ-Artikel über die Demo „Völkerrecht wird Makulatur" nachgelesen habe. Im Gegensatz zu eurer Lesart, bei den Demo-Festnahmen sei klar, wer hier als Opfer und als Täter dargestellt wird, kann ich beim besten Willen nicht erkennen, wie im letzten Absatz dieses RNZ-Artikels ein Rückschluß auf unsere nationalismuskritische Position auf der Demo möglich wäre, nach dem Motto: erst werden die serbischen NationalistInnen kritisiert, dann auch noch der Polizei ausgeliefert. Im Artikel, letzter Absatz, steht überhaupt nicht drin, welcher Nationalität die zwei Teilnehmer, die festgenommen wurden, waren, wer das Opfer, wer der Täter ist. An diesem letzten Absatz ist wirklich nichts an antiserbischer Propaganda drin, im Gegenteil. Letztlich besteht eben ein Unterschied zwischen der offiziellen Prokriegs-Berichterstattung in der Mantelausgabe der RNZ mit den Kommentaren von Manfred Fritz und Konsorten auf Seite 2 und einigen nicht immer, aber manchmal besseren Berichten im Heidelberger Lokalteil. Darauf gründet sich doch die allgemeine Praxis, daß man/frau Presseerklärungen auch an die RNZ schickt. Man muß schon real auf der Demo gewesen sein und selbst wissen, daß da real Serben kurzzeitig verhaftet worden sind, um so einen Zusammenhang zu konstruieren - und dann ist er immer noch konstruiert und nicht richtig. Die meisten LeserInnen der RNZ waren nicht auf der Demo und können also das Opfer gar nicht den Kosovo-AlbanerInnen zuordnen. Nach diesem Text im letzten Absatz könnten die beiden Festgenommenen genauso gut Deutsche sein. Also laßt doch diese billige Anpisse! Und laßt bitte ein Niveau, das das Niveau an richtigem Zitieren und am Wahrheitsgehalt eurer Artikel noch unter das Niveau der RNZ rückt.

Während es noch zu Golfkriegszeiten in Heidelberg völlig klar war, daß wenn man/frau gegen den imperialistischen NATO-Krieg eintritt, damit nicht gleichzeitig das Hussein-Regime verteidigt werden muß, ist sowas anscheinend jetzt überhaupt nicht mehr klar. Während wir uns früher in der Verurteilung der herrschenden Regimes einig waren und nur in der Frage der Solidarität der Gegenbewegung differierten - so waren und sind wir uns etwa bei der Türkei über deren Herrschafts- und Unterdrückungscharakter einig, nur unterstützten die Antiimps mehr oder weniger die PKK und wir dagegen die entstehende libertäre Kriegsdienstverweigerer-Bewegung -, stehen wir heute vor der Frage, ob wir den angegriffenen Staat Jugoslawien und seine staatlich-militärische Politik oder die angegriffenen Menschen, darun-



ter auch manche zu unterstützende Oppositionelle dieses Staates, unterstützen wollen. Für mich als Libertären gilt, daß ich die Verteidigung des bluttriefenden Staates Jugoslawien nicht als legitime Ausgangsposition meines Widerstandes gegen NATO- und Bundeswehr-Bomben akzeptieren kann!

Was jetzt ... in der ganzen Heidelberger Linken einmal anstünde, wäre tatsächlich eine kritische, selbstbewußte und vor allem offensive Auseinandersetzung mit allen Inhalten und dem ganzen Auftreten der Heidelberger Antiimps, mit ihrer Intoleranz, mit ihren versteckten und offenen Drohungen. Schon bei den Kurdistan-Veranstaltungen vor dem Krieg kamen von einzelnen aus ihren Reihen antisemitische Parolen. Einer stellte sich bei einer Jugoslawien-Veranstaltung vor: „Ich bin soundso und bin Antizionist." Was hat das denn jetzt mit Israel zu tun? Sie laden zu einer Irak-Veranstaltung eine Referentin ein (...), die mir im Gespräch danach sagt: „Ob rechts oder links, ist doch egal, Hauptsache der Irak wird mit der Waffe verteidigt!" Diese Referentin schreibt in den „Ketzerbriefen" des Ahriman-Verlags (MRI- eine rechtsextreme Gruppe, die Rep-Wahlsiege bejubelte und die Tätowierung von AIDS-Infizierten fordert). Das alles macht unseren Antiimps nichts aus.

Sie geben uns die Schuld daran, daß gegenwärtig in Heidelberg nicht die Massen auf die Straße gehen, sie werfen uns Spaltung vor. Sie tun so, als wollten sie ein breites Bündnis - und hebeln jeden Versuch auf jede erdenkliche Art aus, die NATO- und Bundeswehr-Bomben auf der Basis dessen, was real an Vertreibung passiert, zu kritisieren. Genau das wollen die BürgerInnen aber wissen, sie wollen wissen, warum sie gegen den Krieg sein sollen, obwohl die Vertreibung stattfindet. Andernfalls gehen sie eben nicht auf die Straße. Und das ist völlig legitim. Und wir müssen ihnen Begründungen dafür liefern, daß wir gegen den Krieg sind, weil er die Vertreibungen intensiviert, weil er eine Legitimation dafür liefert, weil er sie verschlimmert - aber doch nicht, weil sie nicht stattfinden, oder weil sie in der Propaganda selbstverständlich für die Kriegsführungen instrumentalisiert werden. Und genau dazu sind die Antiimps nicht bereit. In ihrem Aufrufflugblatt für die Demo am 3.4. wird explizit erwähnt, daß damals (1995) aus der Krajina SerbInnen von KroatInnen mit westlicher Unterstützung vertrieben wurden. Das ist richtig. Doch hier Täter und Opfer explizit zu erwähnen, während zur selben Zeit real serbische Einheiten Kosovo-AlbanerInnen vertreiben, und diese Tatsachen im selben Flugblatt nicht zu benennen - das macht ihre Demagogie aus, ihre absurde Verleugnung der Wirklichkeit. Und weil diese Vertreibung der Kosovo-AlbanerInnen ideologisch nicht existiert, vergessen sie in ihrem Aufruf ganz und gar - aber folgerichtig - wenigstens von der BRD Asyl für die kosovo-albanischen Flüchtlinge zu fordern. Aber uns werfen sie auch noch Rassismus vor, weil wir serbischen Nationalismus kritisieren. Ist das nicht zum Verzweifeln absurd? Das alles ist so deutlich entlarvend für ihre ganze verquere Wirklichkeitswahrnehmung. Und diese Wirklichkeitsausblendung hat ganz viel mit einem Mikrokosmos ideologischer Debatten zu tun, den man/frau nur mit Orwells 1984 vergleichen kann. Und man/frau muß sich vor diesem Hintergrund nur wünschen, daß man/frau mit diesen Leute nie, niemals Revolution machen muß (so sehr ich mir die Revolution wünsche!)!

Diese absurde Wahrnehmung von Wirklichkeit wider jedes bessere Wissen läßt sich nur aus ihrer ganzen RAF-Soli-Geschichte und -Identität erklären. Schon bei den Hungerstreiks haben sie Realitäten, die ganz offensichtlich waren, konsequent und über Jahre hinweg einfach ausgeblendet: etwa die Realität, daß sich nie eine soziale Bewegung in der BRD wirklich auf die RAF bezogen hat und sie als realen Ausdruck ihrer Kämpfe, als bewaffneten Arm ihrer Interessen, verstanden hat. Diese Wirklichkeitsauslöschung hat den Antiimps ihre Identität gegeben, ohne die sie jahrelang nicht hätten weitermachen können. Ich hatte gedacht, mittlerweile haben sie aus ihren Niederlagen wenigstens irgendwas gelernt, mittlerweile hätten sie die Mechanismen ihrer Geschichte aufgearbeitet, wie das viele RAF-Knastis

wirklich gut und konsequent gemacht haben. Aber die traurige Realität ist heute: gerade die Heidelberger Soli-Antiimps haben gar nichts, rein gar nichts gelernt. Sie sind so dumpf und platt antiimperialistisch wie anno dunnemals! Deswegen ist ihre Ausblendung von Wirklichkeiten auch heute noch so aberwitzig. Sie haben nichts aufgearbeitet, keine Konsequenzen gezogen. Und das ist das Deprimierende.

Mit solchen Leuten sollen wir weiter zusammenarbeiten? Ihre total absurden Argumentationsstränge sollen wir wieder und wieder diskutieren? Das ist nun wirklich zuviel des Guten, reine Energieverschwendung und trägt überhaupt nicht dazu bei, eine wirkliche massenhafte Antikriegsbewegung auch in Heidelberg aufzubauen. Erste Bedingung für eine solche Antikriegsbewegung wäre, diese Wirklichkeitsausblendungen zu verlassen und schnellstmöglich vielen BürgerInnen nachvollziehbare Wege zu eröffnen, gemeinsam mit uns auf die Straße zu gehen.

Petrus Ramus

Anmerkung der Redaktion:

Wir geben es zu: Dieser Leserbrief - übrigens der längste (und tiefgründigste), den wir je erhalten haben -, hat uns fast erschlagen. Fünfeinhalb engbedruckte DIN A 4-Seiten voller politischer Anklage, Abrechnung, Aufarbeitung! Das muß in dieser schwer verdaulichen Form (nach mehrmaligem intensiven Konsum) erst mal „geschluckt" werden. Das war nicht einfach; und wir als verantwortungsvolles Redaktionskollektiv waren zwischen fundierter Kommentierung und „einfach-so-stehen-lassen" hin- und hergerissen. Letzten Endes haben wir uns aber doch für einen Anmerkungskatalog entschieden, in dem wir ausschließlich korrigieren beziehungsweise Unzutreffendes geradebiegen wollen. Es geht uns also nicht darum, all das in der „*Stellungnahme der »extremen Mitte«*" Ausgeführte, das in etwa mit unseren eigenen Argumentationssträngen korreliert, **zustimmend** zu benennen. (Dieser Text ist so voluminös, daß er in seiner überwiegenden Fundiertheit sehr viele Stellen enthält, die von uns *so* unterschrieben werden können.) Das heißt, daß wir uns „nur" um die Textpassagen kümmern, die aus unserer redaktionellen Perspektive als haltlose Unterstellungen bezeichnet werden müssen. (Dabei wird es sich aufgrund der leserbrieflichen Vorgaben nicht vermeiden lassen, bestimmte Sachverhalte wiederholend in den Anmerkungskatalog einzubauen. Sorry.)

Zunächst zur Intention des Textes: Petrus Ramus erwartet vom autonomen Redaktionskollektiv der *Sabotage* eine konsequente politische Distanzierung von „den" Heidelberger Antiimps. Diesem Ziel werden alle im (teilweise ausufernden) Text zum Tragen kommenden Provokationen, Analysen, Polemiken „geopfert". Wir stellen klar, daß wir - in unserer „Funktion" als „Bewegungsmelder für fundamentale Kritik an den bestehenden Verhältnissen" - nicht die geringste Notwendigkeit darin sehen, uns von „den" Heidelberger Antiimps politisch zu distanzieren. Dieser Distanzierung fehlt eindeutig die politische Basis. Im Gegensatz zum Leserbriefschreiber haben wir - der „Bewegungsmelder für fundamentale Kritik an den bestehenden Verhältnissen" - noch nie mit „den" Heidelberger Antiimps, womit er wohl den **A**rbeits**k**reis **A**ntiimperialistische **S**olidarität (AkAS) meint, „zusammengearbeitet". Deshalb fehlt hier bereits die Grundvoraussetzung für eine politische Distanzierung. Erst wenn die „Zusammenarbeit" mit einer politischen Gruppierung als ineffektiv, falsch oder kontraproduktiv deklariert werden kann, muß dieser Analyse eine politische Distanzierung von dieser Gruppe und eine Klarstellung der eigenen Positionen folgen, die zum Abbruch der „Zusammenarbeit" geführt haben. Das einzige, das wir seit Jahren immer wieder machen, ist, Texte des AkAS in redigierter, meistens gekürzter Form in der *Sabotage* zu veröffentlichen. Das ist alles! Und wenn der Reflexionsgrad eines Teiles unserer LeserInnenschaft nicht so hoch ist, um bei der Lektüre der

redaktionseigenen Texte permanent die Schaffung autonomer Gegenöffentlichkeit mit zu transportieren, dann ist das bestimmt nicht unsere „Schuld". Wir schreiben mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln „gegen *ein Gesellschaftssystem an, das auf den unterschiedlichsten, sich wechselseitig bedingenden Unterdrückungsverhältnissen aufgebaut ist*"; wir schreiben mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln *gegen „politische und soziale Verhältnisse an, die von einem strukturell verankerten Dominanzgeflecht mit unterschiedlichen Machtquellen zusammengehalten werden*" (siehe „*Selbstverständnis der* Sabotage", in: **DREISATZ** - *Reader für freie linksradikale Kommunikation und Diskussion*, F/KL/HD: 1997, Seite 5). Und selbst in unserem Einleitungstext zum „Schluß mit der NATO-Kriegspolitik!"-Artikel in der 40. *Sabo* haben wir auf Seite 6 noch einmal auf die „politischen Gemeinplätze, zu denen wir [in Anlehnung an unser Selbstverständnis] die konsequente Ablehnung nationalistischer, rassistischer, antisemitischer Bestrebungen zählen", hingewiesen, um solche Mißverständnisse zu vermeiden. „Die" sogenannten Heidelberger Antiimps, also der AkAS, werden bereits diese Anmerkungen nicht unterzeichnen können; geschweige denn vieles von dem, was in den bisher 40 *Sabo*-Ausgaben noch so alles zu lesen war:

Für ***viele*** (nicht für alle) Antiimps gibt es nicht nur einen negativen, in seiner radikalen Konsequenz tödlichen Nationalismus (wie für die *Sabo*), sondern auch einen „positiven", zu dem sich die „deutsche" Metropolenlinke in Bezug setzen kann (muß). Nationale Befreiungsbewegungen - und seien sie binnenstrukturell noch so hierarchisch, führungskultisch, maskulin-militaristisch angelegt - sind für ***viele*** (nicht für alle) Antiimps deshalb Referenzpunkte ihres antiimperialistischen Politikverständnisses - auch wenn das durchaus problemlos ethnopluralistisch gewendet werden kann. (Das wird übrigens von Petrus Ramus selbst ausgeführt im Abschnitt, der mit „*Und jetzt gleich weiter zu den absolut albernen Absurditäten unserer Heidelberger Antiimps*" eingeleitet wird.)

Für ***viele*** (nicht für alle) Antiimps gibt es - und das wissen wir tatsächlich seit Jahren, in denen es an diesem Punkt immer wieder zu Konfrontationen gekommen ist -, keinen „Antisemitismus".

Für ***viele*** (nicht für alle) Antiimps gibt es auch keinen „Sexismus", keine patriarchale Strukturierung unterdrückerischer Gesellschaftsformationen, keine maskulin geprägten Dominanzkulturen innerhalb komplexer Ausbeutungssysteme.

Für ***viele*** (nicht für alle) Antiimps gibt es „nur" die an Bosheit nicht zu toppende, geradezu mystifizierte „internationale Völkermordzentrale" USA, die in ihrem aggressiven Streben nach unumschränkter Weltherrschaft alle anderen Nationalstaaten zu Lakaien der eigenen imperialistischen Politik degradiert. In ihrem oftmals platten Anti-Amerikanismus sehen sie **nicht**, daß die BRD, die „*sich* [nach der ersten europäischen Grenzverschiebung seit 1945] *mit »gewachsener Verantwortung« und offensiv proklamiertem Führungsanspruch in der Welt zurück*[meldete]" (Ralf Schröder: „*BRD und USA: Tatütata*", in: **Jungle World**, 5. Mai 1999, Seite 4), unter vollkommen eigener Staatsregie „*in den letzten Jahren u. a. die völkische Parzellierung des Balkan energisch vorangetrieben*" (ebd.), „*seit 1989 in Osteuropa* [also] *konsequent das ethnische Prinzip durchgesetzt hat*" (Andreas Benl: „Mut zum Anti-Amerikanismus", in: **Jungle World**, 5. Mai 1999, Seite 5).

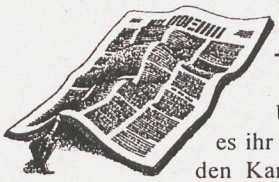
Alles Aspekte (neben anderen), die uns - als *Sabo*-Redaktionskollektiv - seit Jahren bekannt sind, und die uns davon abgehalten haben, mit dem eher diffus umrissenen „Antiimp"-Zusammenhang auf einem höheren Level als dem des (aus Zeitungssicht eher unverfänglichen) Abdruckens bestimmter Texte/Flugblätter „zusammenzuarbeiten". Im Gegensatz zu Petrus Ramus, bei dem wir hinsichtlich des in seiner Wortwahlintensität entlarvenden Leserbriefes den Eindruck nicht loswerden, als wolle er sich über das Abringen einer politischen Distanzierung der *Sabo* von „den" Antiimps von seinem eigenen schlechten Gewissen freikaufen. *Er* hat nämlich immer wieder mit ihnen zusammengearbeitet; *er* saß in Bündnissen, die auch von ihnen frequentiert wurden; *er* hat mit ihnen politisch seit Jahren immer wieder zu tun -

vielleicht im friedensbewegten Glauben an eine linksradikale Einheitsfront?!? Auch (und ganz besonders) am 11.03.1999, als das *Heidelberger Bündnis gegen den Golfkrieg*, in dem sich GraswurzlerInnen *und* Antiimps, nicht aber *Sabo*-Redakteure tummelten, zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „*Krieg(spolitik) gegen den Irak*" in den Karlstorbahnhof eingeladen hatte und dort Sonja Wallenborn (von der Deutsch-Arabischen Friedensgesellschaft) und einen KETZERBRIEFE-Verkäufer auftreten ließ, ohne auch nur den geringsten Widerstand dagegen zu entwickeln. Petrus Ramus war am 11.03.1999 Mitglied des *Heidelberger Bündnisses gegen den Golfkrieg*, das am 11.03.1999 einen Graswurzler, einen Antiimp und Sonja Wallenborn, die „rechts" mit „links" gleichsetzt, aufs Podium brachte. Während der Veranstaltung am 11.03.1999 konnten KETZERBRIEFE angepriesen werden, obwohl zumindest Petrus Ramus über deren politischen Hintergrund bestens informiert war. Da wird das jämmerliche Schwadronieren im Leserbrief wirklich nur noch zur Heuchelei einer zuspätgekommenen Schuldzuweisung an die Adresse der antiimperialistischen Bösewichte. (Petrus ist Teil des Problems!)

Extrem daneben fanden wir auch den auf Unwissenheit beruhenden Versuch Petrus Ramus', eine Kongruenz zwischen *Sabo* und Autonomem Zentrum Heidelberg herzustellen. Das ist absolut untragbar. Die *Sabotage* ist *nicht* das Verlautbarungsorgan irgendeiner politischen Gruppierung, Organisation, Partei oder Institution, sie „*ist ein dynamisches Zeitungsprojekt, in dem unterschiedliche Menschen aus unterschiedlichen politischen Gruppen ein Redaktionskollektiv bilden, das unterschiedlichen Texten von unterschiedlichen Menschen aus unterschiedlichen politischen Gruppen eine linksradikale Plattform bietet. Ein ideologisch eindeutig eingrenzbares Etikett (wie anarchistische oder marxistische Zeitung) würde ihre Arbeit und ihren zielgruppenspezifischen Aktionsradius unverhältnismäßig einschränken*" (siehe „*Selbstverständnis der* Sabotage", in: **DREISATZ** - *Reader für freie linksradikale Kommunikation und Diskussion*, F/KL/HD: 1997, Seite 12).

Deshalb haben wir alle Stellen des Leserbriefes, die den „Bewegungsmelder" einzig und allein zum medialen Arm des Autonomen Zentrums degradieren, eliminiert. Satzteile wie „*die Sabo und damit das AZ*" wurden einfach 'rausgestrichen. (Wenn Petrus Ramus diese notwendigen Maßnahmen als „Zensur" bezeichnen will, bitte, er solle sich keinen Zwang antun: Eine Zeitung, die mit dem „nicht-linken" Bösen [in Gestalt der Antiimps] paktiert, deren „Niveau an richtige[m] Zitieren und am Wahrheitsgehalt [ihrer] Artikel noch unter das Niveau der RNZ [ge]rückt" wird und die keinen Zugang zu ethisch-moralischen Betrachtungsweisen hat, zensiert auch, oder?) Dadurch fallen einige Argumentationsstränge des Leserbriefschreibers wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Bereits der Titel »*Stellungnahme der „extremen Mitte"!*« verliert somit seine Doppeldeutigkeit. Die Anspielung auf den „Kommunalwahlspruch des AZ", der durch die politische Standortbestimmung der *Sabo* „in der Mitte zwischen radikalen AntimilitaristInnen und den Heidelberger Antiimps" zur Wirklichkeit werde, wird ihrer Grundlage beraubt. (Abgesehen davon, daß Petrus Ramus nicht entgangen sein dürfte, daß es sich bei diesem „Wahlkampf", der unter anderem mit der Parole „*Wahlen ändern nichts*" an die Öffentlichkeit trat, um eine satirisch angelegte Kommunikationsguerillaaktion gehandelt hat, die die Absurdität „meinungspluralistischer" Wahlfarcen entlarven wollte - und nur an einem einzigen Punkt ernstgenommen werden sollte: beim Thema „AZ".)

Und das mit der RNZ gleitet dann - wieder in bezug auf eine Gleichsetzung *Sabo*/AZ - vollends ins Schräge ab: Daß „[d]as AZ ... doch auch keine Hemmungen [hat], Interviews an die RNZ zu geben", mag wohl stimmen - aber was um alles in der Welt hat das mit der *Sabo* zu tun, an die dieser Leserbrief gerichtet ist? Die *Sabo* jedenfalls hat der RNZ noch nie ein Interview gegeben; die *Sabo* hat noch nie eine Presseerklärung an die RNZ geschickt; die *Sabo* hat immer gegen das Monopol der RNZ angeschrieben (unzählige Beispiele können das belegen)



Und die *Sabo* hat - wo es ihr möglich war - immer den Kampf des Autonomen Zentrums für ein neues Gebäude unterstützt (im Gegensatz zum Leserbriefschreiber, der sich wohl im ach so radikalen, selbstverwalteten, antimilitaristisch-anarchistisch-antinationalistischen Karlstorbahnhof so wohl fühlt). Aber die *Sabo* **ist** nicht das AZ! (Abgesehen davon sollte Petrus Ramus keine Lügen verbraten: Das AZ hat sich **nie** *„über die RNZ von direkten Aktionen"*, denen er wahrscheinlich sowieso kritisch gegenübersteht, *„distanziert"*! Allerdings muß zugegeben werden, daß die RNZ die betreffende Presseerklärung, in der es lediglich um die Feststellung ging, daß die AZ-Vollversammlung keine Sachbeschädigungen organisiert und durchführt, in ihrer Intention verfälscht hat. Die *Sabo* kann sich Petrus Ramus also nur anschließen: „Selbstverständlich ist die RNZ ein bürgerliches Hetzblatt, aber es hat sich seit Jahren aufgrund der ... Mónopolstellung der RNZ ein Verhalten von Gruppen durchgesetzt, daß man/frau sie trotz aller Gefahren der Falschdarstellung und Instrumentalisierung informiert, auch auf die Gefahr hin, von ihr eine reingesemmelt zu bekommen.")

Extrem daneben fanden wir auch den völlig unnötigen, aber nichtsdestotrotz verletzenden Hinweis auf unsere Unfähigkeit, „aus [unserer] autonomen Tradition her ... einen realen Zugang" zu „eine[r] ethisch-moralische[n] Frage" zu haben. Was soll das? Die antimilitaristisch-anarchistisch-antinationalistische „Scene" scheint also die einzige Bewegung (?) zu sein, die bei der Bekämpfung des „Humanitätsgedusels der ganzen Herrschenden ... selbst am konsequentesten und klarsten eigene ethisch-moralische Maßstäbe im Widerstand vertritt". Woher der Leserbriefschreiber diese arrogante Einsicht nimmt, bleibt uns - dem autonomen Redaktionskollektiv der *Sabotage* - völlig unklar. Oder ist er etwa dieser Meinung, weil wir halt „unsensible Autonome" sind und uns anscheinend „für eine Bündniskonstellation mit den Heidelberger Antiimps ein[setzen]"?

Extrem daneben fanden wir auch den im Leserbrief gleich an mehreren Stellen zum Ausdruck gebrachten linken Heroismus, das Beweihräuchern eigener linker Heldentaten. Sind die Hinweise darauf, in Heidelberg (am Zeitungsleser) die ersten gewesen zu sein (GA und AJA), die am 24.04.1999 aufgrund ihrer Informiertheit eine Protestkundgebung gegen den NATO-Angriffskrieg durchgezogen oder konsequenter als andere direkte Aktionen „gegen die Abflugbasen der Bomber und Spangdalem oder Brüggen" durchgeführt zu haben, noch entschuldbar, so hat die Schilderung des Einsatzes des eigenen Lebens für soziale Bewegungen und ihre Ziele auch dann ***nichts*** in einem Leserbrief zu suchen, wenn damit genau der linke Heroismus derer entlarvt werden soll, die das Riskieren des eigenen Lebens „als Eintrittskarte für kritischen Diskurs unter Linken" verlangen (zumal wir davon ausgehen müssen, daß die *Sabo*-LeserInnenschaft sowieso noch nie etwas von einem Petrus Ramus gehört hat). Die *Sabo* hat das jedenfalls noch nie verlangt; und hinter unserem „Metropolenzentrismus-Vorwurf", wenn es denn ein solcher gewesen sein mag, steckt bestimmt nicht „die Strategie, unerwünschte Stimmen unterdrücken zu wollen". Wir haben lediglich eine in leichte Polemik gekleidete Frage hinsichtlich des Problems mit der Universalität der Menschenrechtskonstatierung gestellt und dabei auf arrogant wirkendes Verhalten privilegierter Menschen hingewiesen - und privilegiert sind wir doch, auch wenn wir selbstverständlich nichts dafür können, hier geboren zu sein, oder? (Daß das mit dem „PC-Raster" nicht hätte sein müssen, ist klar. Sorry.)

Extrem daneben fanden wir auch den im Anschluß an die langen, äußerst interessanten Ausführungen zur UCK eingestreuten Vorwurf, dem „Heidelberger Harmoniemythos" mit einer „Einheitsfrontvorstellung" Tribut zollen zu wollen. Abgesehen von der unglaublichen Widersprüchlichkeit, in der sich Petrus Ramus angesichts dessen, was er im folgenden noch so alles vom Stapel läßt, verfängt, ist das bereits an sich absoluter Bullshit. Der *Sabo* ein politisches Harmoniebedürfnis zu unterstellen, bedeutet, die *Sabo* nie

mals richtig gelesen, die Diskussionen, die in ihr gelaufen sind, niemals richtig verfolgt zu haben. Das ist der Höhepunkt politischer Ignoranz; einer Ignoranz, die in den Dienst des eigenen Zweckes gestellt wird, andere für das anzupissen, was in den eigenen Zusammenhängen anscheinend falsch gelaufen ist. Und überhaupt: Wer ist hier eigentlich harmoniebedürftig? Zunächst der eindeutig positive Bezug auf die sogenannte Friedensbewegung der 80er Jahre, die uns gelehrt habe, „nationalistische Positionen, von wem auch immer, nicht mehr" zu dulden; gleichzeitig in Zusammenhang mit dem Verweis auf die aus libertärer Sicht böse DKP, die diese Bewegung auf der Basis eines „kleinste[n] gemeinsame[n] Nenner[s]" infiltriert hätte. (Abgesehen von der Kritik, die wir an der insgesamt eher bürgerlichen „Friedensbewegung" haben: Wenn es aufgrund der Mobilisierbarkeit einiger hundert Tausend Menschen zu Hochzeiten dieser sozialen Bewegung so etwas wie einen Einheitsfront„mythos" gegeben hat, dann bei den Demos, Kundgebungen oder sonstigen Aktionen gegen die Stationierung von NATO-Raketen in der („sauber" zu haltenden) BRD. DKP und KatholikInnen Hand in Hand - wenn das keine Einheitsfront ist, was dann?) Und dann das Schlußplädoyer, „diese [antiimperialistischen] Wirklichkeitsausblendungen zu verlassen und schnellstmöglich vielen BürgerInnen nachvollziehbare Wege zu eröffnen, gemeinsam mit uns [mit wem?] auf die Straße zu gehen": Mit welchen BürgerInnen denn? Mit „vielen"? Oder nur mit denen, die wirklich „links" sind? Das können aber - auch wenn das das Harmoniebedürfnis nach „massenhafte[r] Antikriegsbewegung" stören mag -, nicht „viele" sein, wenn doch bereits die, mit denen jahrelang politisch zusammengearbeitet wurde, und die sich selbst als „radikal links" titulieren, nicht links, sondern eher rechts sind. („[W]arum [eiert] die *Sabo* so herum ... und [läßt] diese Antiimps nicht einfach **rechts** liegen.../ „[Die] Heidelberger Antiimps, die ich allerdings nicht mehr zur Linken rechnen kann...") Was sind denn dann „viele" dieser BürgerInnen? In letzter Konsequenz aus dem leserbrieflich Ausgeführten: MilitaristInnen, Rechte, NationalistInnen, AntisemitInnen, KriegstreiberInnen usw.! Okay, wenn diesen BürgerInnen „nachvollziehbare Wege" eröffnet werden sollen, „gemeinsam mit uns auf die Straße zu gehen", bitte! Nur fragt sich dann noch, wer hier eigentlich an fast schon pathologisch umrissener „Wirklichkeitsausblendung" leidet? „Antiimps", die eine „ganz verquere Wirklichkeitswahrnehmung" besitzen und sich seit mehr als 20 Jahren in „einem Mikrokosmos ideologischer Debatten" bewegen, „den man/frau nur mit Orwells 1984 vergleichen kann", oder ein radikal-gewaltfreier, dogmatischer, wahrheitslöffelnder Antimilitarist, Anarchist, Antinationaler, der 1999 von einer friedensbewegten Massenbewegung mit vielen BürgerInnen träumt?

Unsere Antwort darauf: **BEIDE!**

Autonomes Redaktionskollektiv

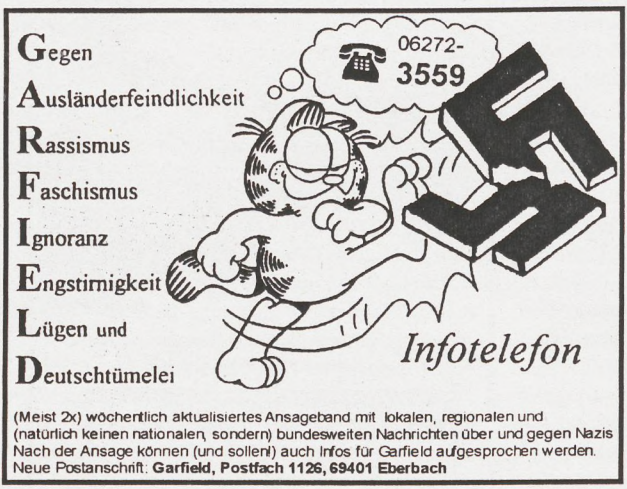
„Bund gegen Anpassung“ Psychosekte mit pseudolinkem Habitus

Am 11.03.1999 fand im Heidelberger Karlstorbahnhof (im dortigen TIKK-Theater) eine Informations- und Diskussionsveranstaltung des seit einiger Zeit aktiven *Heidelberger Bündnisses gegen den Golfkrieg* statt. Thema des Abends: *„Krieg(spolitik) gegen den Irak“*. Vor etwa 40 Gästen referierten Sonja Wallenborn (von der *Deutsch-Arabischen Friedensgesellschaft*) und Tobias Pflüger (von der Tübinger *Infostelle „Militarisierung“*).

Sonja war in den letzten Jahren mehrfach im Irak, und sie hat sich Ende 1998 geweigert, während der letzten Bombardierungen Bagdads dieses Land zu verlassen. Besonders interessant an ihrem „Erlebnisbericht“ war, daß sie es - unter größtmöglicher Vermeidung eines Bezuges zu politischen Kontexten - verstand, so etwas wie einen „hautnahen“ Transport einer Atmosphäre herzustellen, die in der Millionenstadt am Tigris unter Kriegsbedingungen geherrscht haben muß.

Nach ihrem Vortrag versuchte Tobias, eben diese politische Kontextualisierung, die vorher (bewußt?) vermieden worden war, herzustellen. Aus Zeitmangel hatte er hierfür nur eine halbe Stunde. WelcheR sich intensiver mit seinen Analysen auseinandersetzen will, der/dem sei empfohlen, sich die Februarausgabe der Graswurzelrevolution (GWR) zu besorgen. In ihr findet ihr den von ihm verfaßten Artikel „Frieden mit der NATO? - *Der Mythos von der »internationalen Staatengemeinschaft«, die US-Kriegsführungsstrategien, deren Implikationen für die neue NATO-Strategie und die Außen- und Militärpolitik der neuen Bundesregierung*“. Darin kommt er unter anderem zum Schluß, daß „*der Begriff* [der internationalen Staatengemeinschaft] *geradezu das Sinnbild der (vor-)herrschenden Ideologie* [ist], *die gemeinsame Interessen ... quasi aller Staaten oder gar aller Menschen dieser Erde vorgaukelt. Nein, hinter dieser sogenannten »internationalen Staatengemeinschaft« stecken handfeste macht- und wirtschaftspolitische Interessen der westlichen Industriestaaten*“. (GWR Nr. 236, Seite 6)

Die Informationsstelle Militarisierung e. V. (IMI), der Tobias Pflüger angehört, kann unter folgender Adresse kontaktiert werden: Burgholzweg 116/2 • 72070 Tübingen • Fon/Fax (0 70 71) 49 15 4 / 15 9 • eMail: IMI@gaia.de • Internet: http://www.umb.de/ph/imi/index.htm.



(Meist 2x) wöchentlich aktualisiertes Ansageband mit lokalen, regionalen und (natürlich keinen nationalen, sondern) bundesweiten Nachrichten über und gegen Nazis Nach der Ansage können (und sollen!) auch Infos für Garfield aufgesprochen werden. Neue Postanschrift: **Garfield, Postfach 1126, 69401 Eberbach**

Vom Thema „Irak“ kommt mensch also sehr schnell auf die in globalem Rahmen zu betrachtenden „World-Order“-Phantasien der *Organisation der Signatarmächte des Nordatlantikpakts* (NATO) - vor allem angesichts der Situation in Kosovo/Jugoslawien; dort hat jetzt die NATO mit ihrer Expansionspolitik Richtung Osten Ernst gemacht und seit dem 24.03.1999 zum allumfassenden Krieg mit deutscher Beteiligung ausgeholt.

Deshalb hatten wir uns für die 40. *Sabo*-Ausgabe gedacht, ein bißchen Licht in die Wirren der neuesten NATO-Strategien zu bringen.

Zu diesem Zweck wollten wir (in leicht gekürzter Form) ein mittlerweile mehr als drei Monate „altes" AKAS-Flugblatt mit dem Titel „*Die NATO bläst zum Sturm auf Völker- und Menschenrecht*" dokumentieren. Aus Platzmangel mußten wir dieses Vorhaben leider scheitern lassen. Nun ist uns aber aufgefallen, daß es doch noch mal wichtig ist, nachträglich auf zwei Aspekte dieses oben angesprochenen Informationsabendes einzugehen, weil diese zu einem Thema führen, das uns seit längerem beschäftigt: der BUND GEGEN ANPASSUNG.

Zunächst zu den zwei ins Thema mündenden Aspekten: Wir hatten am Anfang unseres damaligen Einleitungstextes die Frage aufgeworfen, ob es sich bei der Wallenbornschen Vermeidung einer politischen Kontextualisierung des Referat- und Diskussionsgegenstandes „*Krieg(spolitik) gegen den Irak*" um eine *bewußte* Taktik der *Deutsch-Arabischen Friedensgesellschafterin* gehandelt haben mag. Wir stellten uns diese Frage, weil wir im nachhinein mitbekommen hatten, daß diese Sonja Wallenborn nach der Veranstaltung von einem der VeranstalterInnen gefragt worden ist, was sie denn davon halte, daß ihr Irak-"Erlebnisbericht" u. a. in den als rassistisch, antisemitisch und frauenfeindlich einzustufenden KETZERBRIEFEN veröffentlicht worden sei - und sie darauf nichts anderes zu sagen hatte als: „Ob rechts oder links, ist doch egal, Hauptsache der Irak wird mit der Waffe verteidigt!" Ihr sei sowieso vollkommen egal, ob ihre Ausführungen in „linken" oder „rechten" Publikationen abgedruckt werden würden, weil sowieso „*alles das gleiche ist*". Und auch *während* der Veranstaltung war es Sonja Wallenborn, die ja auch durchaus bereit sei, für das irakische Regime die Waffe in die Hand zu nehmen, offensichtlich egal, daß ein Mensch anwesend war, der dieses in kruden Denkmustern (neu)rechter Prägung verfangene Blättchen an die Frau/den Mann bringen wollte. Womit wir bereits beim zweiten themaeinmündenden Aspekt wären: den KETZERBRIEFEN. Diese mit *Flaschenpost für unangepaßte Gedanken* untertitelten Briefe erscheinen nämlich im AHRIMAN-Verlag der politisierenden Psychosekte „Bund gegen Anpassung" (BgA). Womit wir beim eigentlichen Thema wären:

Achtung bei diesem Logo des Bundes gegen Anpassung

Dieser „Bund", der reaktionäre Tendenzen in der Gesellschaft unterstützt, taucht seit einigen Jahren immer wieder auf linken Veranstaltungen auf, um mit einem Luzifer mit erigiertem Penis (?), der in einem Kreis aus den Sektenmottos „*Geburtenkontrolle*", „*Arbeitszeitverkürzung*" und „*Gleichheit weltweit*" einen Dreizack in der linken Hand hält, ihre Mission von der „*Bekehrung der Friedensbewegung*" voranzutreiben. Und in den jetzigen Aktivitäten gegen den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien wittert diese Sekte, die als eine nach außen streng abgeschottete Kadergruppe mit missionierender Entfaltung in Universitätsstädten charakterisiert werden kann, selbstverständlich die „Friedensbewegung".

Deshalb ist der BgA, für den der irakische Diktator Saddam Hussein ein antiimperialistischer, „leidlich aufgeklärter, kriegerisch-bürgerlicher Führer eines Flächenstaates dieser [arabischen] Gegend" ist, auch auf der Heidelberger Anti-NATO-Angriffskrieg-Demo am 03.04.1999 aufgetaucht, um seine Flugblätter „*Separatismus - das ungleich verteilte »Menschenrecht«*" an DemoteilnehmerInnen und PassantInnen zu verteilen. An dieser Stelle wollen wir uns dafür entschuldigen, daß wir uns diesem Text nicht einmal mit den härtesten diskursanalytischen Mitteln nähern konnten; er war in seiner Wortwahl, in seiner Strukturierung, in seinen Intentionen zu wirr, zu diffus, als daß sich daraus irgendeine stabile politische Botschaft ableiten ließe. Außer vielleicht jene, daß es der BgA in seiner paranoiden, ethnopluralistischen Wahnwelt „widerlich" fände, wenn „*die Türken ... Berlins unter die Führung islamischer Fanatiker*

geraten und z. B. nach Ausrufung einer »Islamischen Republik Kreuzberg« damit beginnen, deutsche Polizisten am Ort, einzelne Nichtmoslems sowie Versöhnler in den eigenen Reihen umzubringen ... [und] *die deutsche Polizei, notfalls Bundeswehr, nicht das Recht* [hätte], *gegen diese eigenen Staatsbürger oder inwohnenden Ausländer nach dem Paß ... mit der nötigen Strenge vorzugehen*". (Bund gegen Anpassung: „*Separatismus - das ungleich verteilte »Menschenrecht«*", Flugblatt zum „Jugoslawien-Konflikt", Freiburg: 22.03.1999, Rückseite)

„In dem ... Flugblatt ... war [außerdem] zu erfahren, wer die eigentlichen Opfer des »Kosovo-Krieges« sind. AlbanerInnen, heißt es dort, seien u .a. von Tito im Kosovo angesiedelt worden, seien also Gäste auf serbischem Boden, den diese »seit Jahrhunderten« besiedeln. Das »Serbische Volk« sei also durchaus im Recht, die islamischen KosovarInnnen und »deren allzu zahl-reiche[n] Nachkommen« zu vertreiben. Die NATO würde die albanische Minderheit zu den »Herren« in ihrem Gastland machen und das »Serbentöten (zu einem) Moslemrecht« legitimieren." (aus dem Text „*Warum wir denken, dass der Bund gegen Anpassung nichts auf den Demonstrationen gegen den Kosovokrieg zu suchen hat*", in: KTS-Programm, Freiburg: Mai 1999, Seite 10)

Herkunft des Bundes gegen Anpassung (BgA)

Ursprünglich hieß der BgA „Marxistisch-Reichistische Initiative" (MRI). Sie wurde bereits Anfang der 70er Jahre in Freiburg/Breisgau gegründet. Initiator war der Diplompsychologe Fritz Erik Hoevels. Neben der von der MRI unterwanderten, zeitweise auch im Gemeinderat vertretenen „Bunten Liste Freiburg" traten in den 80er Jahren noch eine Reihe weiterer Organisationen an die Öffentlichkeit, die als „Ableger" der MRI bezeichnet werden können. Besondere Bedeutung hat hierbei der 1983 gegründete Ahriman-Verlag:

„*Der Ahriman-Verlag ist politisch-organisatorisch und personell weitgehend identisch mit der MRI, einer in Freiburg lokalisierten Sekte mit bundesweiten Ambitionen.*" (ak [arbeiterkampf] Nr. 310 vom 18.09.1989, Seite 2)

Das Verhältnis des BgA zu HIV-Infizierten, Feministinnen und „AusländerInnen"

Fritz Erik Hoevels hat am 28.09.1985 in Frankfurt am Main den „Verein zur Aids-Verhütung e.V." ins Leben gerufen. In seinem 1986 erschienenen Buch „*Tabuthema Aids-Stopp. Gedanken eines Ketzers*" beschreibt Hoevels deutlich, wofür dieser faschistische „Verein" eintritt: Mit „einer diskreten Tätowierung - etwa durch ein Pluszeichen oder P - [soll] der diagnostizierte Virusträger an der Schamhaargrenze oder einer Hinterbacke" gebrandmarkt werden. Dr. Auhagen, ein Mitglied des BgA-Ablegers „Neue Linke", vertrat auf einer Veranstaltung zu AIDS folgendes: „Sämtliche BewohnerInnen der BRD, alle einreisenden Ausländer usw. sollen zwangsweise auf AIDS untersucht werden. Die Personen, bei denen der Test positiv ausfällt, sollen - ebenfalls zwangsweise - tätowiert werden. Bei Ausländern soll ein Einreiseverbot ausgesprochen werden. Der gesamte Personenkreis soll staatlich überwacht und z. B. bei »eigenmächtiger Entfernung der Tätowierung« bestraft werden. Vorsichtsmaßnahmen der Leute selbst, wie z. B. Kondome, werden als »dumm« und »eklig« eingestuft." (aus dem Göttinger Flugblatt „*Die »Neue Linke« - eine harmlose Sekte oder...?*")

Feministinnen haben laut BgA, der die gesamte Linke als „psychisch krank" deklariert, einen „kleingeistigen, menschenfeindlichen, antiegalitären, d. h. eben feministischen Charakter" (aus dem BgA-Flugblatt „*Auch bei der größten Schweinerei: Alice Schwarzer ist dabei*", Freiburg, o. J., Seite 2).

Das Verhältnis des BgA zu den Republikanern

1989 verbreitet der BgA, der unter anderem auch mit folgenden Gruppen-/Vereinsbezeichnungen an die Öffentlichkeit tritt: *Bund zur Verbreitung unbequemer Ansichten / unerwünschter Ein-*

sichten, Gruppe für Aufklärung, Demokratie und Selbstbestimmung, Internationale Gesellschaft zur Entwicklung der Lebensfreude e. V. (IGEL), *Ad-hoc-Komitee Grundrechte in der BRD*, ein Flugblatt mit dem Titel „*Offener Brief an alle, die sich überlegen, die Republikaner zu wählen*", in dem er seine politisch-ideologische Nähe zu den Republikanern zum Ausdruck bringt. Darin heißt es unter anderem, daß sie (BgA und REPs) „*haargenau die gleichen Feinde*" hätten und „*jede*[n] *Nationalmasochismus, jede Erbschuldmystik*" ablehnten; außerdem sei „*nur vernünftig und alles andere als ein Faschist*", „*wer als Deutscher meint, Sozialwohnungen seien weitaus eher an wirkliche Deutsche zu vergeben (von deren Steuergeldern sie ja auch bezuschußt werden) als an frisch ins DM-Land eingeflogene »Aussiedler«*. „Außerdem begeistert den BgA Schönhubers »geläuterter Patriotismus«, der sich angeblich gegen den US-Imperialismus richtet" (weshalb sie sich auch jetzt wieder von diversen „linken" Anti-Amerikanismen der Antikriegsbewegung „angezogen" fühlen). „Die USA, welche uns ... bevormunden, übervorteilen und als halbe Kolonie behandeln, diese USA also seht ihr [REPs] genauso wie wir sie schon seit Vietnam sehen." (aus dem BgA-Flugblatt „*Der Erfolg der »Republikaner« ist die Quittung für die Verlogenheit der Linken*")

Die Homophobie des Bundes gegen Anpassung

Helge Voges, die Nr. 1 des streng hierarchisch aufgebauten BgA-Ablegers *Internationale Gesellschaft zur Entwicklung der Lebensfreude e. V.* (IGEL), bringt die Homophobie der politisierenden Psychosekte auf den Punkt: „Die anale Schädigung (des Kindes) führt zu Analerotik und zu Homosexualität, die ganze Sexualität wird anal, sie wird als schmutzig, niedrig, dreckig, schleimig, unsauber und eklig empfunden. Diese Schädigung macht den Menschen zu einem asozialen Wesen..."

„*Das gewalttätige Auftreten, die Kritikunfähigkeit, der Verfolgungswahn und die Vernetzung mit der Scientology*" (KTS-Programm, a.a.O.) komplettieren das Bild, das wir uns von dieser „*Psychosekte mit pseudolinkem Habitus*" (ebd.) gemacht haben und lassen nur einen Schluß zu:

Verhindert jeden Auftritt des Bundes gegen Anpassung!

Autonomes Redaktionskollektiv

ARNie INFO EXPRESS
Infrarundbrief des Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar

★ herausgegeben vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN)
★ enthält Veröffentlichungen des AARN und seiner Mitgliedsgruppen
★ mit großer regionaler Presseschau und den aktuellen Ansagen vom Garfield-Infotelefon
★ mit "Kurz & LINKS Bündig
★ Veranstaltungs- und Termine-Übersicht
★ erscheint zum 15. jeden Monats - schließt die Informationslücke in der Monatsmitte

ARNie gibt es:
❑ für 4,- DM pro Ausgabe
❑ im Abo zzgl. 1,- DM Versand
❑ Soli-Abo für 60,-/?DM/ 10 Ausgaben

Briefmarken oder Scheine an:
ARNie; Postfach 1232; 69236 Neckarsteinach

Kampagne 5000 plus X

*Die Rote Hilfe e. V. (RH) hat sich in den letzten Jahren zu einer der größten Organisationen innerhalb der bundesrepublikanischen Linken entwickelt. Ob mensch diesen Zustand nun vor dem politischen Hintergrund eines zunehmenden Anzugs der staatlichen Repressionsschraube sehen will, oder ihn der effektiven Mitgliederanwerbungsstrategie der Roten HelferInnen zuschreibt, spielt hinsichtlich der Tatsache, daß es - in welchem Falle auch immer - prinzipiell von großem Nutzen ist, daß eine solche Organisation mit der Zeit wächst, keine allzu große Rolle. Nur dieses Wachstum ist nämlich wichtig, und ihre auf Dauer gesicherte Existenz hängt nunmal davon ab, ob es ihr gelingt, ihren Mitglieder„stamm" in den nächsten Jahren nicht nur zu halten, sondern in nennenswertem Maße auszubauen. Als Ziel hat sich die Rote Hilfe selbst nun folgende Mitgliederzahl gesetzt: 5000 und mehr - bis zum Jahresende. Um dieses Vorhaben realisieren zu können, hat sie Mitte März 1999 einen Aufruf zur „**Kampagne 5000 plus X**" in Umlauf gebracht, „*mit welcher neue Mitglieder für die Rote Hilfe gewonnen werden sollen". Im Anschluß veröffentlichen wir in Teilen diesen Aufruf. Leute aus der Umgebung, die der Roten Hilfe beitreten wollen, können sich direkt an die seit einigen Monaten eingerichtete RH-Bundesgeschäftsstelle in Göttingen oder an die Rote Hilfe e. V. • Ortsgruppe Heidelberg • PF 10 31 62 • 69021 HD wenden. Über diese Ortsgruppe läuft auch die Betreuung des Spendenkontos, auf das jene Gelder überwiesen werden sollen, mit denen die Rote Hilfe-Kampagne „*Finanzielle Unterstützung für die Gefangenen aus der RAF" getragen werden soll. (Wir haben in der* Sabo *bereits darüber berichtet.) Nun aber zum Aufruf zur „**Kampagne 5000 plus X**":* -Sabotage

Mittlerweile sind etwa 3500 Menschen in der Roten Hilfe e. V. [RH] organisiert. Damit ist die RH innerhalb der letzten Jahre zu einer der mitgliederstärksten Organisationen innerhalb der Linken geworden. Die RH hat sich mittlerweile innerhalb der Linken fest verankert und wird auch als fester Bestandteil der Linken akzeptiert. Die Mitglieder der RH kommen aus den unterschiedlichsten Teilbereichen der Linken in der BRD, z. B. aus:

- der kommunistischen, anarchistischen, sozialistischen Bewegung,
- der Friedensbewegung und dem antiimperialistischen Spektrum,
- der AntiAtom-Bewegung,
- internationalistischen ... Zusammenhängen,
- der Ökologie- und Umweltbewegung,
- Rechtshilfegruppen ...,
- der antifaschistischen Bewegung,
- antirassistischen Zusammenhängen ...,
- der feministischen Bewegung und Frauen-Lesben-Zusammenhängen,
- den Gewerkschaften,
- ...

Es ist uns damit gelungen, dem strömungsübergreifenden Charakter der RH gerecht zu werden und zu beweisen, daß auf einer solchen Basis gemeinsam politisch agiert werden kann. Mit dem Anwachsen des Bekanntheitsgrades der Organisation steigen allerdings auch die Anforderungen an die RH, insbesondere, was die finanzielle Unterstützung anbelangt. Um den Rahmen der finanziellen Unterstützungsleistungen durch die RH mittelfristig ausweiten zu können, sind wir auf erhöhte Einnahmen in Form von regelmäßigen Mitgliedsbeiträgen angewiesen. Weiterhin ganz wesentlich ist hierbei das Werben von Neumitgliedern, die durch ihren politischen und finanziellen Beitrag etwas zur Solidaritätsarbeit der RH beitragen. (...)

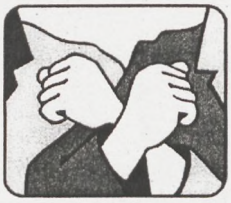
Ausgangspunkt für unsere Idee der Kampagne 5000 plus X ist die allgemeine Erfahrung, daß es viele Menschen in linken und progressiven Zusammenhängen gibt, die prinzipiell die Idee der RH unterstützenswert finden, aber bisher nicht Mitglied geworden sind. Die Gründe dafür mögen vielschichtig sein... Wir gehen davon aus, daß es ein größeres Potential an Leuten gibt, die noch heute in die RH eintreten könnten, es aber aus [diesen unterschiedlichen] Gründen bisher noch nicht gemacht haben. Die 5000 plus X-Kampagne beruht auf der Idee, daß hier die Möglichkeit besteht, ohne großen Aufwand bis zum Jahresende so viele Neumitglieder zu werben, daß die Mitgliedszahl auf 5000 plus X ansteigen könnte. Dafür sind wir aber [darauf angewiesen, daß der] Rote Hilfe-Gedanke in [unseren] politischen und sozialen Umfeld[ern] bekannt [gemacht und] für die Rote Hilfe [geworben wird].

Im Folgenden [sollen] kurz einige Punkte [angeschnitten werden], weshalb [der] Ausbau der Roten Hilfe als Organisation so wichtig [ist]:

• Die RH ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Das heißt: Alle Linken, gleichgültig, welcher Strömung/Partei/Bewegung sie angehören, werden bei staatlicher Repression finanziell und politisch unterstützt. Wir streben an, daß der finanzielle Druck durch Prozesse, Bußgelder, AnwältInnenkosten etc. kollektiv getragen wird. Grundlage ist der von der RH durch Mitgliedsbeiträge getragene bundesweite Unterstützungsfond. Da die RH durch Mitgliedsbeiträge und Spenden aber bei weitem nicht so viel Geld zur Verfügung stellen kann, wie real an Kosten durch Repression anfallen, zahlen wir bei Unterstützungsfällen meist 50% der Kosten... Auch weiterhin gehört es zu einem Grundsatz der RH, auch Nicht-Mitglieder, die wegen ihrer politischen Betätigung staatlich verfolgt werden, zu unterstützen. Neben dem bundesweiten Unterstützungsfond haben die mittlerweile 28 Orts- und Regionalgruppen der RH häufig noch eigene zweckgebundene Spendenkonten eingerichtet... Die RH versteht sich nicht als rote Caritas oder linke Rechtsschutzversicherung. Wir wollen daher nicht nur materielle, sondern auch politische Unterstützung leisten, wollen also das, wofür jemand verfolgt wird, auch ... in die Öffentlichkeit tragen. Deshalb suchen wir mit denen, die wir unterstützen, die politische Auseinandersetzung, nehmen eventuell zu Aktionen oder Prozeßführungen auch kritisch Stellung. Aber wir machen vom Grad der Übereinstimmung bzw. Kritik nicht unsere Unterstützung abhängig.

• Eine bundesweit vernetzte Organisation wie die RH bietet die Möglichkeit, durch Überblick und Vergleich Repressionsmaßnahmen zu analysieren und gemeinsam dagegen vorzugehen... Gerade in bewegungsarmen Zeiten ist eine linke Schutz- und Solidaritätsorganisation sehr wichtig. Der Repressionsapparat schläft nicht und nutzt auch (oder gerade) diese Zeiten, um präventiv gegen emanzipatorische Kräfte vorzugehen. Als RH wollen wir lokale Anti-Repressionsgruppen nicht „ersetzen", sondern durch gemeinsame Arbeit ergänzen. In der Regel erhalten von Repression Betroffene Unterstützung aus dem politischen Umfeld, in dem die Aktion gelaufen ist. (...) Wir meinen, daß diese naheliegende Form der Solidarität die wichtigste überhaupt ist. Wir beabsichtigen keinesfalls, diese zu „ersetzen", wohl aber zu ergänzen. Es gibt aber immer auch Menschen, die als Einzelne z. B. an einer Demo teilnehmen und im Falle ihrer Festnahme nicht unbedingt auf einen unmittelbaren UnterstützerInnenkreis zurückgreifen können. Manchmal sind aber auch die Belastungen durch Prozeßkosten oder auch für die Öffentlichkeitsarbeit so hoch, daß sie von einer Gruppe allein nicht getragen werden können. (...)

• Oftmals ziehen sich politische Verfahren über Jahre hin und werden erst dann aktuell, wenn die ehemaligen politischen Zusammenhänge gar nicht mehr in dieser Form existieren. Durch die kontinuierliche Arbeit der RH wollen wir verhindern, daß Repression als individuelles Problem empfunden wird und sich Einzelpersonen mit Prozeßkosten oder Knaststrafen alleingelassen fühlen. Die Unterstützung für die/den EinzelneN soll zugleich ein Beitrag zur Stärkung der gesamten Bewegung sein.



sonstige sabotage

JedeR, die/der sich an politischen Kämpfen beteiligt, soll das in dem Bewußtsein tun können, daß sie/er später bei eventuellen Strafverfahren nicht alleine dasteht. Durch das Herausgreifen einzelner wollen Staat und Reaktion exemplarisch gegen linke Politik vorgehen. Dieser Strategie liegt die Isolierung bestimmter Personen/Gruppen von anderen Teilen der Linken und der Gesellschaft zugrunde.

SABOTAGE

Die Sabo im Abo!

Ja, ich abonniere die Zeitung *Sabotage* für mindestens fünf Ausgaben.

Kostet pro Ausgabe 2,- DM (inkl. Porto).

Ich bestelle: ☐ 5 Ausgaben/10,- DM
☐ 10 Ausgaben/20,- DM

In Europa plus 1,- DM/Ausgabe!
Mehrere Exemplare auf Anfrage!

Name/Vorname .....

Straße/Nr. .....

PLZ/Ort .....

Den Betrag habe ich bar, in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck beigelegt.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Meine Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Das Abo kann ich jeder Zeit kündigen und erhalte das Restgeld zurück.

Datum/Unterschrift .....

Bitte einsenden an: Sabotage

Postfach 104520, 69035 Heidelberg

Als RH wollen wir dem das Prinzip der Solidarität entgegensetzen. Der von den Herrschenden betriebenen Spaltung und Einschüchterung wollen wir gemeinsam ... entgegentreten und damit alle ermuntern, weiterhin für ihre politischen Ziele zu kämpfen.

• Neben der unmittelbaren Unterstützung in Form von Spendensammlungen, Solidaritätsveranstaltungen, Prozeßbeobachtungen und -begleitungen, Betreuungen politischer Gefangener sieht die RH ihre Aufgabe darin, sich im allgemeinen Sinne an der Abwehr politischer Repression zu beteiligen. So versuchen wir seit Gründung der RH, schon weit im Vorfeld von Demonstrationen über die verschiedenen Formen von politischer Repression und die damit beauftragten Institutionen (Polizei, Staatsschutz, Geheimdienste, Militär, Justiz) aufzuklären. Mit Veranstaltungen, Flugblättern und Broschüren wollen wir darauf hinwirken, daß die TeilnehmerInnen sich selbst und andere möglichst effektiv vor Verletzungen und Festnahmen schützen und um ihre jeweiligen ... Rechte Bescheid wissen. Die RH engagiert sich allgemein gegen Verschärfungen im Versammlungsrecht, gegen Staatsschutzgesetze, gegen den Abbau von VerteidigerInnenrechten, gegen Isolationshaft und Folter, gegen Beschränkungen im Bereich der Meinungsfreiheit und anderer BürgerInnenrechte.

Wir möchten daher allen, die in linken oder progressiven Strukturen politisch arbeiten, ans Herz legen, den Rote-Hilfe-Gedanken aufzugreifen und weiterzutragen. [Alle RH-Mitglieder sind aufgerufen], im eigenen politischen und sozialen Umfeld für die Rote Hilfe zu werben und dort GenossInnen und FreundInnen zum Eintritt in die Rote Hilfe zu motivieren.

Zusammen kämpfen gegen politische Repression!

Rote Hilfe e. V. - Bundesvorstand
Postfach 32 55
37022 Göttingen
Telefon (05 51) 770 800-8
Fax (05 51) 770 800-9

Demos & Veranstaltungen

Schwerpunkt »Neue Weltordnung«

Die »Neue Weltordnung« - oder die Entfesselung des Faustrechts

»Das Ende des Blockgegensatzes schien den Handlungsspielraum der UNO und ihrer Unterorganisationen für die friedliche Lösung internationaler und innerstaatlicher Konflikte schlagartig zu erhöhen. Doch obwohl die Zahl der politischen und militärischen Interventionen, die mit humanitären Zielen begründet wurden, stark anwuchs, hat sich die Hoffnung, daß nun in größerem Maße den Menschenrechten Geltung verschafft werde, nicht erfüllt. Vor allem die Kriege gegen den Irak und Jugoslawien erweckten bei vielen den Eindruck, daß hinter den „humanitären Interventionen" im Grunde nur die eigennützigen Interessen der westlichen Staaten stecken. Wir [das Eine-Welt-Zentrum Heidelberg, Anm. d. Red.] wollen daher in einer Veranstaltungsreihe der Frage nachgehen, inwieweit der Niedergang der zweiten Supermacht statt zu einer Stärkung des internationalen Rechts zur Ausweitung des willkürlichen Rechts des Stärkeren führte und welche Chancen und Risiken die veränderte Situation vor allem für die Völker des Südens und des Ostens bietet. Aber auch der Widerstand gegen die „Neue Weltordnung" und die Frage nach Perspektiven internationalistischer Solidaritätsarbeit wird nicht zu kurz kommen.«:

Do. 20.05. In foveranstaltung im KaBa 19.00 Uhr

Die »Neue Willkürordnung« Westliche Interventionen in der unipolaren Welt

»Der Referent [Werner Ruf] ist Professor am Fachbereich Politikwissenschaft der Gesamthochschule Kassel und (Mit-)Verfasser vieler Bücher zum Thema, u.a. „**Die neue Welt-UN-Ordnung**. *Vom Umgang des Sicherheitsrates mit der Souveränität der »Dritten Welt«*". Die Veranstaltung soll einen Überblick über den Wandel der Rolle der UNO und die Entwicklung der Interventionspolitik der USA und ihrer Verbündeten geben: Wie sind die zunehmende Mißachtung völkerrechtlicher Standards durch die westlichen Staaten und die Willkür in ihrem Vorgehen zu bewerten?. Welche weiteren Gefahren liegen in dieser Entwicklung?«

Beginn: 19.00 Uhr, Karlstorbahnhof, Emil-Julius-Gumbel-Raum, Eintritt: 5.-/3.-DM

Veranstaltet vom Eine-Welt-Zentrum Heidelberg

Fr. 28.05. In foveranstaltung im KaBa 20.00 Uhr

Perspektiven von Befreiungsbewegungen mit der „gruppe demontage"

»Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus haben sich die gesellschaftlichen und weltpolitischen Rahmenbedingungen verändert. Was bedeutet diese Veränderung für bewaffnete Befreiungsbewegungen? Kann ein Bezug auf einen eigenen Nationalstaat noch emanzipatorisch sein? Und wie groß ist der politische und ökonomische Handlungsspielraum auf nationalstaatlicher Ebene überhaupt noch? Die „gruppe demontage" geht diesen Fragen in ihrem Buch „**Postfordistische Guerilla**. *Vom Mythos nationaler Befreiung*" anhand der Befreiungsbewegungen in Nordirland, Korsika, Algerien, Baskenland, Kurdistan und Mexiko nach. Einer der Autoren wird die Pro-

+++ Termine zu den EU-/WWG-Gipfeln in Köln siehe +++
+++ Seite 13 in dieser *Sabo* +++

blematik anhand aktueller Beispiele referieren. Die Ziele und Herangehensweisen hiesiger Solidaritätsbewegungen werden kritisch beleuchtet und der Versuch unternommen, neue Perspektiven internationalistischer Politik aufzuzeigen.«

Beginn: 20.00 Uhr, Karlstorbahnhof, Emil-Julius-Gumbel-Raum, Eintritt: 5.-/3.-DM

Veranstaltet vom Friedensladen und von der Redaktion Süd der Zeitschrift Graswurzelrevolution

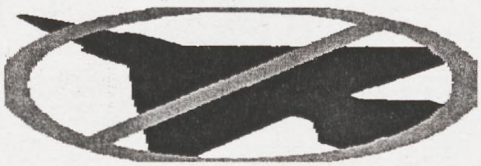
Mi. 02.06.
Infoveranstaltung Neu Uni 20.00 Uhr

Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Krieg gegen Jugoslawien - *Vom Recht auf Selbstbestimmung zum NATO-Bombardement*" in der Neuen Uni in Heidelberg

»Die jüngere Geschichte Jugoslawiens ist auch eine - wie es scheint unendliche - Geschichte westlicher Einmischung bis hin zum offenen Krieg. Rüdiger Göbel, Redakteur der Tageszeitung „*junge Welt*" und Mitautor des Buches „**Der Fall Jugoslawien**", wird diese Geschichte in groben Zügen nachzeichnen, um anschließend die Hintergründe des Konflikts im Kosovo zu skizzieren und auf den Krieg der NATO gegen das verbliebene Jugoslawien einzugehen: Worin liegen die tatsächlichen Gründe der NATO-Staaten, welche Interessen werden verfolgt und welche Chancen für einen Frieden kann es noch geben? Eine weitere Frage wird sein, wie die öffentliche Zustimmung zur antijugoslawischen Politik im Westen organisiert wurde und welche Rolle dabei die Medien spielten.«

Beginn: 20.00 Uhr, Neue Uni Heidelberg, Hörsaal 1

Veranstaltet von: Roter Splitter, AKAS, DASOV, junge Welt



Do.03.06.
Seminar im KaBa ab 19.00 Uhr

Tagesseminar zum Thema „Faustrecht und Militarisierung. *Über die aktuelle Entwicklung deutscher und nordatlantischer Politik*"

»Das Tagesseminar soll Gelegenheit bieten, die Themen, die in den Abendveranstaltungen zur Sprache kommen [siehe unten], zu vertiefen: - „Historische Hintergründe des Völkerrechts und des Menschenrechtsbegriffs" - „Zum Spannungsverhältnis zwischen dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates und der Allgemeingültigkeit von Menschenrechten" - „Mißbrauch der völkerrechtlichen Prinzipen durch die westliche Politik" - „Zur tendenziellen »Aufhebung staatlicher Souveränität«" u. a. an den Beispielen Jugoslawien und Irak; „Völkerrechtliche Bewertung der westlichen Intervention in den Kosovokonflikt" - „Militarisierung deutscher und westlicher Außenpolitik"- „Aktuelle Politik Deutschlands und der USA" - „Rolle der NATO".

Eine genaue Tagesordnung sowie vorbereitende Texte gehen allen, die sich zur Teilnahme angemeldet haben, vorher zu.«

Anmeldung bei: Friedensladen im EineWelt-Zentrum, Tel.978927. [Die Teilnahme kostet 25 DM inkl. Verpflegung]

Beginn: 10.00 Uhr, Karlstorbahnhof, Emil-Julius-Gumbel-Raum (u. a. mit Hans Michael Empell, Dr. jur. [Experte für internationale Menschenrechte und Völkerrecht], Tobias Pflüger (*Informationsstelle Militarisierung*, Tübingen), Rüdiger Göbel (Redakteur „*junge Welt*"), Rudolf Bürgel (Redaktion *Kurdistan Rundbrief*)

Do.07.06.
Infoveranstaltung im KaBa 20.00 Uhr

Informations- und Diskussionsveranstaltung zur Rolle der Kurd(Inne)n und Kurdistans in der „Neuen Welt-Ordnung" mit *Kurdistan Rundbrief*-Redakteur Rudolf Bürgel und Selim Ferat vom Kurdischen Institut für Wissenschaft und Forschung, Berlin

»Zur gleichen Zeit, als hochrangige Vertreter der USA mit den Führern der kosovo-albanischen

Untergrundarmee UCK zusammentrafen, um das weitere Vorgehen abzustimmen, intensivierten die Türkei und die USA mit Hilfe ihrer Verbündeten die Jagd auf den Führer der kurdischen Befreiungsbewegung in der Türkei, den Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan. Dieser war zuvor mit seiner politischen Initiative gescheitert, die westeuropäischen Staaten (immerhin BündnispartnerInnen der Türkei in der NATO) zu bewegen, Druck auf die Türkei auszuüben, Verhandlungen für eine politische Lösung des Konflikts aufzunehmen. Insbesondere Deutschland und die USA unterstützen dagegen weiterhin die Türkei in ihrem verheerenden Krieg gegen die KurdInnen im Osten des Landes bis in den Norden Iraks. Wie ist die aktuelle Lage im türkischen Teil Kurdistans? Welche Interessen stehen hinter dieser Politik, die Menschenrecht, Selbstbestimmungsrecht und Völkerrecht mit Füßen tritt.«

Beginn: 20.00 Uhr, Karlstorbahnhof, Emil-Julius-Gumbel-Raum, Eintritt: 5.-/3.-DM

Veranstaltet von:
AKAS/DASOV/Gesellschaft für Kurdische Kultur im Ausland

Fr.14.05.
Pub-Quiz im Straßenbahndepot Ludwigshafen 20.00 Uhr

Pub-Quiz „Radio"

Das „buero für angewandten realismus" veranstaltet im Straßenbahndepot ein pub-quiz zum Thema „Radio".

Beginn: 20.00 Uhr, Straßenbahndepot Ludwigshafen, Karl-Krämer-Straße 2

Veranstaltet vom *bermuda.funk.*

Fr.21.05.
Infoveranstaltung im Café Filsbach 19.30 Uhr

Infoveranstaltung zum Thema „Gedanken über die Arbeit im Kapitalismus" mit dem Referenten Rainer Trampert (Hamburg)

»Schon 1884 sagte der Sozialexperte Adler: *„Der Gedanke, daß Mäßigung etwas Schönes sei, soll nicht an Boden gewinnen, und deshalb darf die Unterstützung nur das Existenzminimum gewähren; der Arbeiter , der bei voller Gesundheit untüchtig ist, soll Entsagung üben."* *„Was muß den Menschen angetan werden, damit an die Stelle all seiner Fantasien und Möglichkeiten zwei Funktionen treten: Arbeit und Kaufen."* (R. Trampert) *„Der Kapitalismus kann viele Millionen Menschen nicht in den Produktionsprozeß integrieren. Für seinen Gesamtbetrieb liegt die profitabelste Lösung im schnellen Tod der überflüssigen Menschen."* (R. Trampert)«

Beginn: 19.30Uhr, Café Filsbach I6, 1-2, Mannheim

Veranstaltet von FAZ
(Für andere Zustände)
c/o Juz Mannheim
Postfach 121965
68070 Mannheim
Fax.:0621/305144
e-mail:fuer-andere-zustaende@link-ma.cl.sub.de

Do.10.06.
Infoveranstaltung Neue Uni 19.30 Uhr

Vortrag *„EU- und Weltwirtschaftsgipfel - Kritische Betrachtungen"* mit anschließender Diskussion

»Vom 18. bis 20. Juni 1999 treffen sich die Regierungschefs der sieben am stärksten industrialisierten Staaten der Welt plus Rußland in Köln zum alljährlichen Weltwirtschaftsgipfel. Davor findet ein EU-Gipfel unter deutschem Vorsitz statt. Auf der Ebene der Exekutive bestimmen hier die reichsten Länder der Welt im Interesse „ihrer" transnationalen Konzerne die Spielregeln der Weltwirtschaftsordnung. Diese Spielregeln bedeuten für die überwiegende Mehrheit der Menschheit (zunehmend auch innerhalb der reichen Länder) Marginalisierung, Armut, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Umweltzerstörung. In dem Vortrag werden diese Zusammenhänge und Hintergründe, aber auch der vielfältige Widerstand dagegen behandelt.«

Beginn: 19.30 Uhr, Neue Universität Heidelberg, Hörsaal 1

Veranstaltet vom Roten Splitter

Mo.24.05.
Demo in Coburg 15.00 Uhr

Aktionstag „*Kampf den Eliten - Kampf dem CC*“ gegen den Coburger Convent und Repression in Coburg

(Näheres dazu in der letzten *Sabo.*)

Treffpunkt: 15.00 Uhr, Bahnhofsvorplatz in Coburg; anschließend VoKü, Stadtführung, Vorträge, Diskussionen [Am Abend soll es Proteste gegen den auf dem Marktplatz stattfindenden CC-Fackelzug geben.]

Mi. 26.05.
Demo in Mannheim 17.00 Uhr

Demonstration „Geld oder Leben?!“ am Wasserturm in Mannheim

»Anfang Juni treffen sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) in Köln zum EU-Gipfel, um den weiteren Ausbau der EU zu organisieren. Zwei Wochen später findet in Köln der sogenannte Weltwirtschaftsgipfel (bestehend aus VertreterInnen der sieben reichsten Länder und Rußlands) statt. Dazwischen werden die Wahlen zum Europäischen Parlament abgehalten. Die Karawane „Geld oder Leben“, ein bunt zusammengewürfelter Haufen aus Bauwagen, Traktoren und Fahrrädern, macht sich Ende Mai von Basel aus auf den Weg nach Köln. Unterwegs sollen Aktionen gegen den EU-Gipfel und den Weltwirtschaftsgipfel stattfinden. Am 5.6. soll die Karawane dann in Köln sein, um dort an einer Demo gegen den EU-Gipfel teilzunehmen. Wir haben die Karawane nach Mannheim eingeladen und rufen für den 26.5. zu einer Demo gegen die EU und gegen das Weltwirtschaftssystem unter dem Motto „Geld oder Leben“ auf.«

Treffpunkt: 17.00 Uhr, Wasserturm, Mannheim (um zahlreiches Erscheinen mit Fahrrädern, Skateboards und Inline-Skates wird gebeten!)

Veranstaltet von FAZ Mannheim

Sa. 29.05.
Veranstaltung in der KTS-Freiburg ab 16.00 Uhr

Veranstaltung des Rasthauses®Freiburg mit VertreterInnen verschiedener sozialer Einrichtungen aus Padua (Italien)

»Die Unterstützung von illegalisierten Menschen, der Widerstand gegen die Repression und die Abschottung Europas hat in Italien und auch in Freiburgs Partnerstadt Padua konkrete Formen angenommen. Um uns und euch die Idee eines Rasthauses®Freiburg schon jetzt erfahrbar zu machen, laden wir euch ein zu einer Veranstaltung mit VertreterInnen verschiedener sozialer Einrichtungen aus Padua. Es wird von 16.00 bis 18.00 Uhr Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Themen geben, danach wollen wir was essen und neue Kräfte sammeln. Um 20.00 Uhr dann eine zentrale Veranstaltung mit Zusammenfassungen aus den AGs und Diskussionen.«

Beginn: 16.00 Uhr, KTS, Basler-Straße 103, 79100 Freiburg, Tel.: (07 61) 4 00 20 96, danach Fest

So. 06.06.
Antifa-Treffen in Heidelberg 19.00 Uhr

Offenes Antifa-Treffen „*Planet Antifa*" im Kastra in Heidelberg

»Planet Antifa bietet [einmal im Monat] aktiven Antifas und Menschen, die es werden wollen, die Möglichkeit, sich kennen zu lernen, Infos auszutauschen, Termine zu erfahren, Entwicklungen und Möglichkeiten antifaschistischer Politik zu erörtern und vor allem, in antifaschistische Aktion zu treten. Planet Antifa ist ein offenes Treffen, zu dem jedeR kommen kann; hier kannst du Fragen, Anregungen und Kritik loswerden, und du hast die Möglichkeit, aktiv zur Gestaltung des Treffens beizutragen. Wir freuen uns über Anregungen, Themenvorschläge, Filmtips etc.«

Beginn: 19.00 Uhr, Kastra, Lauerstraße 1 (am Synagogenplatz), 69117 Heidelberg

Organisiert von der Autonomen Antifa Heidelberg und der Antifaschistischen Jugendaktion Heidelberg

Mo.07.06.
Infoveranstaltung im Anderen Buchladen Mannheim 20.00 Uhr

Betrifft: „Aktion 3" - Deutsche verwerten jüdische Nachbar(Inne)n

»Am 9. Juli 1942 klagte der bedrängte Kölner Oberfinanzpräsident in einem Brief an die lokale Presse, seine Dienststelle würde von „Kaufliebhabern ... überlaufen" (...). Er bat die Zeitungen bekanntzugeben, daß für ehemals jüdische Immobilien nur sehr beschränkte Kaufmöglichkeiten bestünden. Das rege Kaufinteresse (...) richtete sich auf ehemaliges Eigentum deportierter Jüdinnen und Juden. Im gesamten Reichsgebiet, quer durch alle Klassen, in Dörfern wie in Städten, fand diese staatlich organisierte Schnäppchenjagd statt, in der sich die deutsche Volksgemeinschaft vollendete. Sie war zu einer widerspruchslosen bürgerlichen Gesellschaft geworden, orientiert am möglichst großen eigenen Nutzen. In dieser bürgerlichen Revolution wurde keine Bastille gestürmt, sondern flächendeckend ein ZwangsarbeiterInnensystem errichtet, das bis in den einzelnen Bauernhof oder Handwerksbetrieb reichte. Die JüdInnen waren Teil der Bevölkerung, der gesetzlich auf eine Weise definiert war, die es erlaubte, ihn restlos zu verwerten. (...)

Der Referent Wolfgang Dreßen, Professor für Politische Wissenschaft und Leiter der Arbeitsstelle Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf, konnte (...) Zugang zu den etwa 50.000 Akten der Oberfinanzdirektion Köln erhalten, auf deren Basis er eine Ausstellung zum Thema organisiert hat. Wenngleich der zentrale Gegenstand des Vortrages die Arisierung sein wird, berichtet er auch von den Reaktionen bundesdeutscher Behörden auf die Veröffentlichung dementsprechender Dokumente.«

Beginn: 20.00 Uhr, Anderer Buchladen, Mannheim, 5,- DM Unkostenbeitrag

Veranstaltet von der Rosa Luxemburg Gesellschaft

JUZ MA

selbstverwaltet

Antifaschistisch

Termine MAI/JUNI

Fr, 14.05.	Spiritual-Night (Gothic-Dark Wave-Industrial-Disco)	22.00 Uhr
Sa, 15.05.	N.E.W.I.W. vs. KREISLAUF - die Mitternachtsdisco im JuZ	23.00 Uhr
Mi, 19.05.	Hardcore-Konzert mit SHORT HATE TEMPER (USA) und SCALPLOCK (UK)	20.00 Uhr
Sa, 22.05.	Krempelmarktfrühstück	8.00 Uhr
Mi, 26.05.	Hardcore-Konzert mit REVERSAL OF MAN (USA) und MAN VS. HUMANITY (D)	20.00 Uhr
Fr, 28.05.	bermuda.funk-party mit dj's des bermuda.funk ska	22.00 Uhr
Sa, 29.05.	Soli-Konzert für die Rote Hilfe - Ortsgruppe Heidelberg mit EL MAX (Weinheim) u. a., anschließend Disco	20.00 Uhr
Mi, 02.06.	"Party der Sozialwesen" mit der Manischen Weststadt	20.00 Uhr
Fr, 11.06.	Spiritual-Night (Gothic-Dark Wave-Industrial-Disco)	22.00 Uhr
Sa, 12.06.	FrauenLesben - Disco	20.00 Uhr
Fr, 18.06.	Konzert mit DISKONTO, ASSHOLE, END OF THE CENTURY u. a.	20.00 Uhr
Sa, 19.06.	N.E.W.I.W. vs. KREISLAUF - die Mitternachtsdisco im JuZ	23.00 Uhr
Sa, 26.06.	Konzert mit SHANK, HERNANDEZ, HELLNATION und VOMIT FOR BREAKFAST	20.00 Uhr

Regelmäßige Termine:

Jeden Dienstag: Vollversammlung ab 19°°
Jeden Donnerstag: Freiraumcafé, Vokü ab 19°°, Infoladen ab 20°°
Jeden Sonntag: RollenspielerInnen-Treffen ab 13°°

JUZ Mannheim in Selbstverwaltung "Friedrich Dürr"
Neuer Meßplatz Tel./Fax : 0621/305144
Postfach 121965 68070 Mannheim